Januar 2014

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN

Aktuell SEITE 6
Erfolg: Zahltag trotz Insolvenz

Leben SEITE 24
Tolle Rabatte für Mitglieder

Chancen SEITE 27
So zählt der Abschluss aus dem Ausland

Bezirk SEITE 28

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 66 | D 4713

6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag

Wahlen,
Ausblicke und Rückblicke

Inhalt

Aktuell

Koalition. Metaller Armin Schild, der an den Verhandlungen beteiligt war, sagt: »Die Gewerkschaften hatten noch nie so viel Einfluss auf die Politik. Jetzt müssen sie ihre Stärke nutzen, damit aus den Vereinbarungen gute Gesetze werden.« **Auf den Seiten 8 bis 9 »**

Arbeit

Gesundheitsschutz. Die Belastungen in der Textilindustrie sind extrem hoch. In der Spinnerei im oberfränkischen Hof hat der Betriebsrat nun viele Verbesserungen durchgesetzt. **Auf Seite 14 »**

Titelthema

Neue Führungsspitze

Auf ihrem 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstag wählten die Delegierten der IG Metall eine neue Führungsspitze und beschlossen die »Frankfurter Erklärung«. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

AUSZEICHNUNG FÜR METALLZEITUNG

metallzeitung hat eine Auszeichnung bekommen: Für die Titelseite und die Titelstory der Märzausgabe im vergangenen Jahr (siehe Foto links) hat sie den »Award of Excellence«, den Preis für eine außergewöhnliche Leistung, verliehen bekommen. Vergeben wird er von einer Jury, die zum vierten Mal den Internationalen Preis für Kunden-, Mitarbeiter- und Mitgliederzeitungen vergibt. Fast 400 Publikationen haben sich beworben. Die Konkurrenz: weltbekannte Werbeagenturen. Die Redaktion der metallzeitung gestaltet das Layout übrigens selbst. ■

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Dezember 2013

Titelfoto: Frank Rumpenhorst

LESERBRIEFE

Risikozuschlag muss her

metallzeitung 11/2013,
Titel: Das Auto von heute

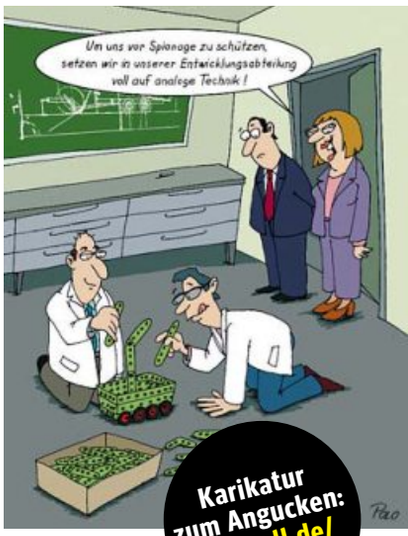
»Leiharbeit ist angeblich dazu da, Konjunkturschwankungen auszugleichen. Das heißt: Das unternehmerische Risiko wird von den Leiharbeitern getragen. Bisher sind die hohen Managergehälter mit der Verantwortung für den Erfolg begründet worden. Das ist hinfällig, wenn Leiharbeiter Fehlplanungen ausbaden müssen, indem sie freigestellt und zu Hartz-IV-Empfängern werden. Was eine Sauerei ist. Die Tarife für Leiharbeiter müssen deutlich steigen. Hier darf nicht mehr ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‹ gelten. Es muss heißen: Risikozuschlag zum Tariflohn!«

Wolfgang Harr

Steine im Weg

metallzeitung 12/2013,
Porträt: Im Namen des Volkes

»Es freut mich für die ehrenamtliche Richterin, dass sie keine Probleme mit ihrem Arbeitgeber hat. Leider ist das nicht überall so. Ich arbeite seit mehr als 38 Jahren im Dreischichtbetrieb bei einem Kupferproduzenten im Mansfelder Land. Seit zehn Jahren bin ich ehrenamtlich als Schöffe tätig. Die Freistellung von der Arbeit erfolgt nur zähneknirschend. Oft habe



Karikatur: André Poloczek

Karikatur zum Angucken: igmetall.de/cartoon

GEWINNER SONDERWERBEAKTION UND RÄTSEL

Die Sonderwerbeaktion 2013 war ein großer Erfolg. Viele aktive Metallerinnen und Metaller haben sich daran beteiligt. Dafür bedanken wir uns. Unter allen Werberinnen und Werbern wurden nun die E-Bikes verlost.

Die E-Bike- Gewinner sind:

- Katina Apostolakis, VS Nürnberg,
- Claudia Diesner, VS Wolfsburg,
- Heidrun Raab, VS Erlangen,
- Harald Strieder, VS Remscheid-Solingen,
- Sean Horton, VS Singen,
- Dieter Salewski, VS Magdeburg-Schönebeck,
- Olaf Riebe, VS Region Hamburg,
- Sascha Hahn, VS Zwickau,
- Lisa-Marie Minasch, VS Halberstadt

Eure IG Metall vor Ort wird sich in Kürze mit Euch in Verbindung setzen, um Euch Euren Gewinn zu übergeben.

August-Rätselgewinner (Lösungswort: Gute Arbeit)

- 1. Preis: Harald Diemert, Radolfzell,
- 2. Preis: Barbara Hauck, Köln,
- 3. Preis: Claudia Lohr-Werner, Thalheim

Impressum

Herausgeber: Detlef Wetzel, Jörg Hofmann, Jürgen Kerner
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Fabienne Melzer

Redaktion: Jan Chaberny, Dirk Erb, Sylvia Koppelberg, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Zweiplus Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800 446 38 25
Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de.

ich freie Tage geopfert. 2012 wurden mir zwei Gerichtstage vom Lohn abgezogen. Nachdem ich die Lohnbuchhalterin auf das Gesetz für Richter und ehrenamtliche Richter hingewiesen hatte, lief es dann. Beim letzten Gerichtstermin wieder das gleiche Spiel.«
Roland Ehrholdt, Lutherstadt Eisleben

Die Mischung macht's

metallzeitung 12/2013, Interview zur Frauenquote

»Nie lese ich von der Einführung einer Männerquote in den von Frauen völlig dominierten Bereichen wie Kindergarten und Grundschule. So würden die Kinder lernen, dass es nicht nur weibliche, sondern auch männliche Leitbilder gibt. Die Mischung macht's. Die Emanzipation der Frau ist übrigens erst erreicht, wenn die Lebenserwartung von Frau und Mann sich wieder gleicht, wie es bis 1920 in Deutschland war. Das ›Patriarchentum‹, also diese ›Heimchenpolitik‹, hat den Mann sechs Lebensjahre gekostet.«
Ulf Schlumbohm, Lübbow

Kernfusion fördern

metallzeitung 12/2013, Vorrang für Erneuerbare

»Ihr solltet die Kernfusionsforschung fördern. Ohne Kernfusion würde die Sonne nicht funktionieren und wäre auf der Erde kein Leben entstanden. Kernfusionsreaktoren sind viel besser als Kernspaltungsreaktoren, Brennstoff fast unbegrenzt vorhanden und vor allem sicher. Nur ein Mix aus allen technisch möglichen Anlagen zur Energiebereitstellung führt zum Erfolg. Mal ein wenig tiefer in die Zukunft der Menschheit, der Erde und unserer Sonne schauen. Vielleicht begreift Ihr dann, dass es ohne Kernenergie nichts werden kann.«
Peter Krisch, Berlin

? FRAGE UND ANTWORT

Oft lese ich in der metallzeitung über tolle Erfolge, die die IG Metall für die Beschäftigten in Betrieben erreicht hat. Die Bilder zu den Artikeln zeigen nicht immer die Arbeitsplätze, um die es geht. Woran liegt das?
Frank H., per E-Mail

Antwort der Redaktion:
Mit ihrer engagierten Arbeit haben Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben gemeinsam mit der IG Metall schon viel erreicht. Sie haben Arbeitsplätze gerettet und Arbeitsbedingungen verbessert. Oft erhöht sich damit auch die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten. Viel Arbeit stecken Metallerinnen und Metaller häufig in Veränderungen, die die Gesundheit der Beschäftigten schonen.

Viele Unternehmen erlauben uns aber nicht, im Betrieb zu fotografieren. So können wir leider nicht im Bild zeigen, was die Kolleginnen und Kollegen an ihrem Arbeitsplatz erreicht oder welche Ideen sie verwirklicht haben.

Da bleibt dann nur das Gruppenfoto mit den engagierten Metallerinnen und Metallern vor dem Betrieb, wie auch in dieser Ausgabe auf Seite 14 bei der Spinnerei Neuhof.

Gut gedacht ist noch nicht gut gemacht

POLITIK | Der Koalitionsvertrag ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die IG Metall wird alles dafür tun, dass es nicht bei dem ersten Schritt bleibt.

Die Große Koalition steht. Die Mehrheit der SPD-Mitglieder hat den Koalitionsvertrag gebilligt. Das ist gut so. Denn der Vertrag ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein erster Schritt für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Mindestlohn von 8,50 Euro, die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Verbesserungen bei der Rente sind für mich wichtige Punkte nach vier Jahren Stillstand einer schwarz-gelben Koalition.

Foto: Gaby Gerster

Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall

Versprechen halten. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die Große Koalition zu dem steht, was sie versprochen hat. Und es wird sich zeigen, ob es der Bundesregierung gelingt, weitere Missstände zu beheben.

Die Gefahr für die junge Generation sehe ich zurzeit darin, dass wir ihr eine völlig verkorkste Infrastruktur und Industrie hinterlassen. Industrie und Infrastruktur sind der Garant für gute Arbeitsplätze der Zukunft. Deshalb brauchen wir mehr Investitionen und mehr Geld für Forschung und Entwicklung. So sehen es die Regierungsparteien, so steht es im Koalitionsvertrag. Die Investitionen sollen steigen und zukünftig über dem Durchschnitt der OECD-Länder liegen.

Investitionen sind nicht allein Aufgabe des Staates. Hier müssen auch Unternehmen Verantwortung übernehmen. Der Staat muss ihnen den Rahmen schaffen. Etwa bei der Energiewende. Der Investitionsstau, den die alte Bundesregierung verursacht hat, gefährdet rund 200 000 Jobs, sagen unsere Betriebsräte. Natürlich dürfen die Strompreise nicht weiter steigen. Das ist aus industrieller Sicht eine verheerende Situation. Auch die Verbraucher stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Der Staat könnte aber – wenn er die Stromsteuer senkt – leicht für Entlastung sorgen.

Der Koalitionsvertrag ist ein erster Schritt. Weitere müssen folgen. Bei Werkverträgen muss die Regierung nachlegen: Hier brauchen Betriebsräte mehr Mitbestimmungsrechte. Auch bei der Bildung wird zu wenig investiert.

Politik kontrollieren. Es gibt viele gute Lösungen, die eine Politik für die Menschen auszeichnet. Die IG Metall wird in den nächsten Jahren Druck machen für eine gute Politik und die Regierung daran messen, ob die Große Koalition hält, was sie versprochen hat. ■

BILD DES MONATS

Kampf gegen Apartheid

Nelson Mandela war das Symbol für den Freiheitskampf in Südafrika. Anlässlich seines Todes erinnerten viele Berichte an die jahrzehntelange Unterdrückung der nicht weißen Bevölkerung. Die damals geltenden Sicherheits- und Notstandsgesetze verhinderten jede Gewerkschaftsarbeit. Die Regierung verhaftete Beschäftigte, die sich für ihre Rechte einsetzten, oft ohne Grund und ohne ordentliche Gerichtsverfahren.

Die IG Metall übte in den 70er- und 80er-Jahren Druck auf deutsche Unternehmen aus, die Rechte nicht weißer Beschäftigter anzuerkennen. Den ersten Erfolg erzielte sie bei Volkswagen. Der Autokonzern war 1977 das erste Unternehmen, das eine Gewerkschaften der nicht weißen Südafrikaner anerkannte. Später schaffte die IG Metall mit dem 14-Punkte-Programm Mindeststandards für Arbeitsbedingungen in südafrikanischen Standorten deutscher Unternehmen. Als erstes unterzeichnete BMW. Darin sicherten die Unternehmen unter anderem zu, Streikende nicht zu entlassen.

Debatte. In der IG Metall gab es damals Debatten, Hersteller zum Boykott und Abzug aufzufordern. Mit dem 14-Punkte-Programm verpflichtete sie dort verbliebene Unternehmen, sich an Mindeststandards zu halten. Für die Beschäftigten blieben die Jobs und die Lage am Arbeitsplatz verbesserte sich. Mit der südafrikanischen Metallgewerkschaft Numsa arbeiten Metaller noch heute zusammen. Wenn deutsche Autohersteller in Südafrika ein Schichtsystem einführen, tauschen deutsche und südafrikanische Kollegen Erfahrungen aus. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Foto: Volkswagen Aktiengesellschaft

Endmontage VW-Käfer 1961 in Südafrika. VW erkannte 1977 als erstes Unternehmen nicht weiße Gewerkschaften an.

Politik muss es regeln

URTEIL ZU LEIHARBEIT

Auch bei dauerhaftem Einsatz eines Leihbeschäftigten entsteht daraus kein Arbeitsverhältnis zum Entleiher. Das entschied das Bundesarbeitsgericht.

Ein IT-Sachbearbeiter in Leiharbeit hatte auf eine feste Stelle geklagt, da er seit 2008 ausschließlich in Einrichtungen eines Krankenhausbetreibers gearbeitet hatte. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt wies die Klage des Mannes jedoch ab.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, kritisierte die Entscheidung. »Es ist enttäuschend, dass das Bundesarbeitsgericht die Chance verpasst hat, hier richtungsweisend zu entscheiden, und sich ohne Not in seinen Möglichkeiten beschränkt hat.« Das BAG spiele stattdessen den Ball an den Gesetzgeber zurück. Wetzel forderte die Politik auf, Klarheit zu schaffen. »Das Urteil zeigt, dass der Gesetzgeber endlich eine maximale Einsatzdauer für Leihbeschäftigte festlegen muss. Regelungen im Gesetz, deren Nichtbeachtung folgenlos bleibt, sind wertlos.«

Es bleibt schwammig. Seit der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ist es nicht zulässig, Arbeitsplätze im Entleihbetrieb dauerhaft mit Leiharbeitern zu besetzen. Was das genau bedeutet, da scheiden sich die Geister. Weder der Gesetzgeber noch das BAG haben festgelegt, wann die Grenze zu einem dauerhaften Einsatz überschritten ist. »Solange sich niemand zuständig fühlt, sind die Beschäftigten die Leidtragenden«, sagte Wetzel. Das müsse die neue Bundesregierung dringend korrigieren. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Der Amazon-Manager des Weihnachtsfests

Als die Beschäftigten bei Amazon im November die Arbeit niederlegten, fragte Dave Clark, Manager des Onlinehändlers: »Warum sollen wir uns von jemandem zur Zusammenarbeit erpressen lassen, der damit droht, das Weihnachtsfest für Kinder zu ruinieren?« Nur zum Mitschreiben: Wenn die Beschäftigten bei Amazon für vernünftige Arbeitsbedingungen streiken, fällt Weihnachten bei Müllers, Meiers und Schmitz ins Wasser? Ohne Amazon keine glänzenden Kinderaugen unter grünen Tannenspitzen, kein Leise-rieseltder-Schnee? Die Heiligen Drei Könige mit leeren Händen vor der Krippe? So schlimm kann es nie und nimmer kommen. Wir wissen: Die Geschichte ging schon vor 2000 Jahren anders aus – ohne Dave Clark. ■

Dave Clark, Vice President Global Operations bei Amazon

Foto: AP Images/pa

ZAHLEN UND FAKTEN

66 So viel Prozent aller Pendler fahren regelmäßig mit dem Auto zur Arbeit. Für 51 Prozent ist der Weg zwischen Wohnung und Firma über zehn Kilometer weit.

10,2 Autos der Oberklasse zu fahren ist teuer. Nicht nur, dass die Spritpreise laut Autoclub Europa (ACE) in den vergangenen sechs Jahren um fast 30 Prozent geklettert sind. Bei den Premiummarken stieg auch der Verbrauch: um 0,1 auf 10,2 Liter pro Kilometer.

64 So viel Prozent der Beschäftigten sehen technischen Fortschritt eher positiv. 43 Prozent sagen aber auch, dass er sie zwingt sich weiterzubilden. 88 Prozent sehen dabei ihre Arbeitgeber in der Pflicht.

12 Weil die Renten nur wenig angepasst wurden, ist die Kaufkraft der westdeutschen Rentner seit 2004 um fast zwölf Prozent gesunken, die der ostdeutschen um acht Prozent.

61 Die Länder der Europäischen Union haben die Atom- und fossile Energie 2011 mit 61 Milliarden Euro subventioniert, davon die atomare mit 35 Milliarden. Erneuerbare Energie wurde nur mit 30 Milliarden Euro unterstützt.

53 Vorstände deutscher Topkonzerne haben 2011 nach einer neuen Studie im Schnitt 53 Mal so viel verdient wie ihre Beschäftigten.

4,4 Mit den Überschüssen in den Sozialversicherungen ist es bald vorbei. Experten erwarten, dass sie schon dieses Jahr 4,4 Milliarden Euro mehr ausgeben als einnehmen.

Genau **hingeschaut**

INSOLVENZ

Die Unternehmenspleite war dubios, doch für den Insolvenzverwalter schien die Sache erledigt. metallzeitung ließ nicht locker und stellte eigene Recherchen an. Jetzt gibt es Hoffnung für die 40 ehemaligen Beschäftigten des Petroleumlampenherstellers Feuerhand. **Von Jörn Boewe und Johannes Schulten**

»Wir dachten schon, das war's«, sagt Volker Ebert, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Firma Feuerhand – einem Hersteller von Petroleumlampen aus Norddeutschland, der Ende 2012 pleiteging. »Aber jetzt gibt es vielleicht doch noch Hoffnung auf ein Stück Gerechtigkeit.« Es ist Mitte Dezember und gerade hat Ebert die Nachricht erreicht, dass sein ehemaliger Arbeitgeber vielleicht doch noch Abfindungen zahlen muss. Denn: Kurz vor Weihnachten hat der Insolvenzverwalter seinem ehemaligen Chef eine entsprechende Zusage abgerungen. Geld, mit dem ein Jahr nach der Pleite niemand mehr gerechnet hat.

Skandalös. Der Fall »Feuerhand« scheint zunächst ein klassischer Insolvenzfall zu sein. Ein Unternehmen geht pleite, die Eigentümer bringen das Betriebsvermögen über ein undurchsichtiges Unternehmenskonstrukt in Sicherheit, für Abfindungen ist kein Geld mehr da. Dass kurze Zeit später dasselbe Produkt von einem anderen Unternehmen, das denselben Leuten gehört, weiter produziert wird, ist zwar skandalös, doch die Schlagzeilen bleiben aus – es ging ja »nur« um 40 Beschäftigte.

Für Kai Trulsson, den Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Unterelbe, ist die Geschichte »exemplarisch«. »Sie zeigt, wie skrupellose Firmeneigner juristische Grauzonen ausnutzen, um bei Insolvenzen Beschäftigte und Sozialversicherungen zu übervorteilen«, sagt Trulsson. »Vor allem aber zeigt sie, dass man sich erfolgreich dagegen wehren kann.«

Bis vor einem Jahr bauten die 40 Beschäftigten des Unternehmens in Hohenlockstedt bei Itzehoe noch Petroleumlampen. 37 Einzelteile in Handarbeit verschraubt, bekannt für Qualität und Lebensdauer. Eine Traditionsmarke »Made in Germany« seit 1902. Hunderttausende exportierte Feuerhand jährlich vor allem nach Afrika und in den Nahen Osten.

Im Oktober 2012 hatte Feuerhand Insolvenz angemeldet. Betriebsvermögen war nicht mehr vorhanden – alles, was Wert hatte, hatten die Eigentümer – Geschäftsführer Marc-Michael Müller und sein Vater – zuvor »in Sicherheit« gebracht. Ein neuer Investor fand sich nicht, alle Beschäftigten wurden entlassen. Für einen Sozialplan war kein Geld mehr da.

Schon die Vorgeschichte zeigte die Skrupellosigkeit der Eigentümer. Nachdem das Unternehmen 2011/2012 Absatzeinbrüche hinnehmen musste, forderte Müller junior von den Beschäftigten, dauerhaft auf 30 Prozent ihres Lohns zu verzichten. Für Trulsson war das »völlig indiskutabel«.

Foto: Michael Schinke

Die Petroleumlampen des Herstellers Feuerhand: ein treuer Begleiter beim Zelten.

Daraufhin meldete Müller Insolvenz an. »Plötzlich klebten auf den Maschinen Zettel: ›Eigentum der Firma Müller & Co.‹«, erinnert sich Betriebsrat Ebert. Grundstücke und Maschinen, so stellte der Insolvenzverwalter fest, befanden sich längst im Besitz anderer Firmen. Ende August, nur wenige Wochen vor dem Insolvenzantrag, kam Müller & Co. auch in den Besitz der Marke Feuerhand – ohne Gegenleistung.

Damit war praktisch das gesamte Betriebsvermögen auf Firmen verteilt, die sich alle im Besitz der Müllers befanden. Insolvenzverwalter Klaus Pannen fand all das damals »merkwürdig« – Konsequenzen zog er daraus aber nicht. Die Sache schien erledigt.

Hartnäckig. Doch die IG Metall und metallzeitung stellten eigene Recherchen an. Heraus kam, dass die Feuerhand-Laternen weiter produziert werden. Allerdings nicht mehr von tariflich bezahlten Beschäftigten, sondern in einer Diakonie-Werkstatt im benachbarten Hohenwestedt. 29 Menschen mit Behinderungen, bestätigte eine Sprecherin des kirchlichen Vereins auf Anfrage der metallzeitung, »setzen Lampen zusammen, montieren und verpacken sie«. Über die Umstände der Insolvenz war die Diakonie offensichtlich unterrichtet.

Die Hohenwestedter Werkstatt pflegt seit Jahren Geschäftsbeziehungen mit den Müllers. Schon länger wurde hier ein Teil der Laternenproduktion pulverbeschichtet. Als neuer Auftraggeber fungiert jetzt eine A.P. Montageservice. Das Unternehmen wurde im Mai 2013 – also nach der Insolvenz – im Handelsregister beim Amtsgericht Pinneberg eingetra-

gen. Geschäftsführerin ist eine ehemalige Prokuristin der Feuerhand.

Ehemalige Beschäftigte von Feuerhand fanden Hinweise, dass die Vorproduktion der Stanzteile auf dem alten Betriebsgelände fortgesetzt wird. »In Abfallcontainern wurden frische Blechabfälle entdeckt, wie sie beim Stanzen anfallen«, berichtet Ebert.

Erfolgreich. Konfrontiert mit den Recherchen der metallzeitung kündigte Insolvenzverwalter Pannen Mitte November eine erneute Prüfung des Falls an. Anfang Dezember teilte er mit, »Müller & Co.« habe sich bereit erklärt, für die Markenübertragung zu zahlen. »Er hat angekündigt, durch einen Gutachter prüfen zu lassen, wie viel die Marke wert ist«, so Trulsson. Allerdings werde die IG Metall genau hinschauen. »Wir werden nicht akzeptieren, dass Beschäftigte, die jahrelang zum Erfolg der Firma beigetragen haben, jetzt mit einem symbolischen Betrag abgespeist werden.« ■

WISSEN

Keine Einzelfälle

Bei jeder Insolvenzeröffnung muss die Staatsanwaltschaft routinemäßig prüfen, ob eine Straftat vorliegt. 2012 registrierte das Bundeskriminalamt 11 518 Fälle von Insolvenzdelikten – bei insgesamt 29 619 Unternehmenspleiten. Der Schaden wird vom Bundeskriminalamt auf 1,87 Milliarden Euro geschätzt. Lässt sich nachweisen, dass zeitnah vor einer Insolvenz Vermögenswerte ohne angemessene Gegenleistungen an Dritte übertragen wurden, kann der Vermögensverwalter dies mit einer Klage anfechten.

RECHT NAH DRAN

Leiharbeiter klagt und bekommt 3700 Euro

Antonio Mazzotta erhält 3700 Euro Nachzahlung von seiner Leihfirma nach einem Vergleich vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG). Dafür hat Mazzotta zwei Jahre lang prozessiert.

Die Leihfirma hatte den Lackierer nach dem Tarifvertrag der sogenannten Christlichen Gewerkschaften (CGZP) entlohnt. Den jedoch erklärte das BAG Ende 2010 für unwirksam. Mithilfe der IG Metall Bielefeld legte Mazzotta Klage ein: Da der CGZP-Tarif von Anfang an ungültig war, hat er Anspruch auf »Equal Pay«, das heißt auf den Lohn vergleichbarer fest Beschäftigter im Einsatzbetrieb. Die Gewerkschaft holte Auskünfte von den verschiedenen Betrieben ein, in denen Mazzotta eingesetzt war. Heraus kam eine Differenz von 5000 Euro. Die sollte die Leihfirma nachzahlen.

Zunächst lief es gar nicht gut. Das Arbeitsgericht Bielefeld und das Landesarbeitsgericht Hamm wiesen Mazzottas Klage ab. Zwar sei sein Anspruch auf Equal Pay berechtigt. Doch gemäß der Ausschlussfrist in seinem Arbeitsvertrag hätte er die Ansprüche binnen drei Monaten geltend machen müssen. Zudem hätten bereits mehrere Gerichte den CGZP-Tarif für nichtig erklärt. Das hätte Mazzotta wissen müssen und früher klagen sollen.

Intransparenter Vertrag. Dabei hatte er keine Ahnung, was genau im Arbeitsvertrag stand. »Ich durfte den Vertrag nicht mal mit nach Hause nehmen, sondern musste direkt vor Ort unterschreiben«, erzählt Mazzotta. »Verstanden habe ich ihn nicht.«

Genau hierauf stützten die Anwälte beim Zentrum des DGB-Rechtsschutzes in Kassel ihre Revision beim BAG: Der Arbeitsvertrag ist intransparent formuliert – vor allem die Ausschlussfrist, die mit möglichen »abweichenden Regelungen in genannten Tarifverträgen« verklausuliert war. Das kann ein Beschäftigter nicht mehr verstehen. Das sah das BAG ähnlich und schlug den Vergleich vor. Der Vorteil für Mazzotta: Geld jetzt statt weiterer Prozesse.

»Das hätte ich nicht mehr für möglich gehalten«, freut sich Mazzotta. »Es hat sich gelohnt, dass ich durchgehalten habe.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Bessere Chancen auf Equal Pay

Bessere Aussichten für Leihbeschäftigte, die wie Antonio Mazzotta (siehe oben) nach dem Tarif der Christlichen Gewerkschaft bezahlt wurden und den Lohn vergleichbarer Stammbeschäftigter eingeklagt haben: Das Bundesarbeitsgericht hat in den letzten Monaten mehrere Urteile pro Equal Pay gefällt.

Derzeit laufen noch rund 60 Verfahren. Juristen der Gewerkschaften rechnen mit weiteren Verbesserungen. Neue Klagen machen zwar nur in Ausnahmen Sinn, da Ansprüche vor dem Aus der Tarife der Christlichen Gewerkschaften 2010 verjährt sind. Doch Leiharbeiter, die bereits klagen, sollten sich nicht durch Niederlagen am Arbeits- oder Landesarbeitsgericht beirren lassen. Verfolgt Eure Klage weiter. Fragt Eure IG Metall vor Ort. ■

KURZ & BÜNDIG

Mehr Lohn für Schlosser

82 000 Beschäftigte im Schlosserhandwerk in Nordrhein-Westfalen erhalten rückwirkend ab November 3,3 Prozent mehr Lohn, Auszubildende 30 Euro pro Monat. Ab Dezember 2014 steigen die Entgelte um weitere 2,5 Prozent, für Azubis um 15 Euro. Über weitere Themen, wie Übernahme und Altersteilzeit, wird noch verhandelt.

Ab diesem Januar bekommen rund 40 000 Beschäftigte im Metallbau und der Feinwerktechnik in Baden-Württemberg 2,5 Prozent mehr (Azubis: fünf Prozent), plus 50 Euro Einmalzahlung für Dezember 2013.

Im Schnitt über drei

2013 erreichten die Gewerkschaften für die meisten Branchen Tarifabschlüsse von zwei bis vier Prozent. Im Schnitt stiegen die Entgelte über drei Prozent, ermittelte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung. In der Metall- und Elektroindustrie war das Plus mit 3,4 Prozent überdurchschnittlich hoch.

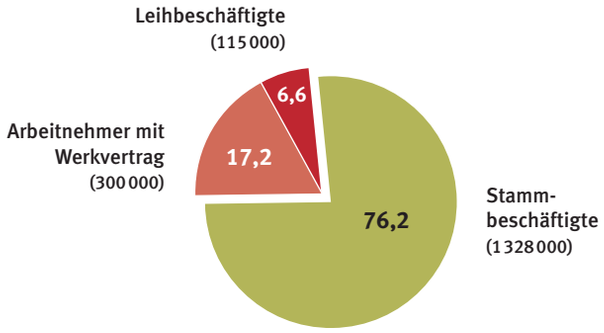
tarifvertrag.de

Anzeige

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Fast jeder Vierte kommt von außen

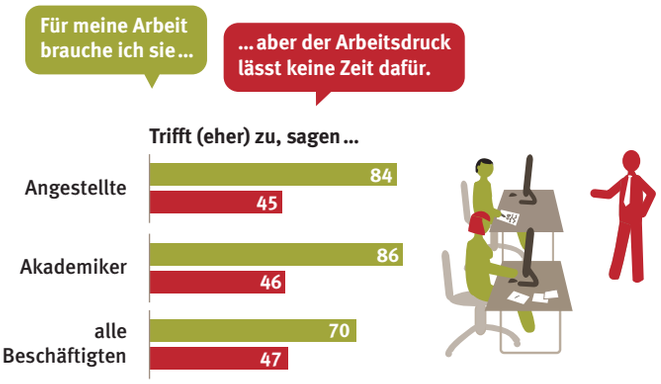
Leih- und Werkvertragsarbeitnehmer machen in der Industrie knapp 25 Prozent aus. Beschäftigtenstruktur am Beispiel der vier Branchen Automobil, Luftfahrt, Stahl, Werften (Anteile in Prozent):



Quelle: IG Metall, Betriebsrätebefragung 2013

Weiterbildung nötig, aber zu wenig Zeit dafür

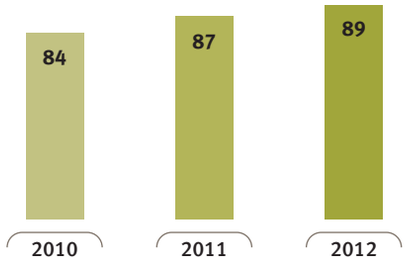
Wie Angestellte und andere Beschäftigte die Notwendigkeit und die Möglichkeiten von Weiterbildung einschätzen (Anteile in Prozent):



Quelle: Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013

Tarifliche Niedriglöhne sind zurückgegangen

Von 4714 Entgeltgruppen in 41 Branchen der gesamten deutschen Wirtschaft lagen in den vergangenen Jahren so viel Prozent über 8,50 Euro:



Niedrige Entgelte gibt es vor allem im Osten oder da, wo seit mehreren Jahren keine neuen Tarifabschlüsse erstritten werden konnten. | Quelle: Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts 2012 (aktuellste Erhebung)

Infografiken: Julia Buschmann

Wir hatten noc

INTERVIEW

Die Gewerkschaften hatten noch nie so einen großen Einfluss auf die Politik wie jetzt beim Koalitionsvertrag. Das sagt Armin Schild, der ihn mit verhandelt hat. Jetzt müssten sie sich dafür ins Zeug legen, dass er auch gut umgesetzt wird.

Armin, da Du an den Verhandlungen beteiligt warst, erübrigt sich wohl die Frage, ob Du mit dem Ergebnis zufrieden bist?

Armin Schild: Tut sie nicht. Vieles konnte nicht, manches nur teilweise vereinbart werden. Insofern ist manche Kritik am Koalitionsvertrag berechtigt. Aber ich bewerte auch vieles positiv. Nach 15 Jahren Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie könnte dieser Koalitionsvertrag ein historischer Markstein für einen Kurswechsel sein.

Inwiefern?

Schild: Wir haben eine Umkehr bei wichtigen Fragen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vereinbart. Zum Beispiel hat die SPD einen eigenständigen Rentenzugang für langjährig Versicherte durchgesetzt: Nach 45 Beitragsjahren wird eine abschlagsfreie Rente möglich. Das ist das faktische Ende der Rente 67 für viele unserer Mitglieder. Dazu kommen Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.

Und der Mindestlohn.

Schild: Der gesetzliche Mindestlohn ist ein historisches Ereignis, das den ausufernden Niedriglohnsektor endlich nach unten begrenzt. Die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und Verbesserungen beim Entsendegesetz hätten wir ohne die Koalitionsverhandlungen nie und nimmer erreicht. Das alles wird nicht nur die Tarifautonomie, sondern auch die Gewerkschaften stärken. Wichtig ist auch, dass Union und SPD sich zu einer aktiven Wirtschaftspolitik bekennen. Das Kapitel zur Energie- und Industriepolitik entspricht in großen Teilen den Forderungen der Gewerkschaften.

Es gibt Kritiker, auch in den Gewerkschaften, denen das alles nicht ausreicht.

Schild: Mich würde es wundern, wenn ein Koalitionsvertrag, der unter diesen Bedingungen verhandelt werden musste, keine Kritik erfahren würde. Sie kommt aber weniger von den Gewerkschaften, dafür besonders laut und aggressiv von Lobbyverbänden und Wirtschaftsliberalen. Diese Koalitionsvereinbarung nimmt wichtige Reparaturen an der Agenda 2010 und Rente 67 vor. Das ist noch kein ausreichender Kurswechsel. Aber der Kompass zeigt in die richtige Richtung.

Und was kritisierst Du?

Schild: Wir konnten unsere steuerpolitische Forderung nicht durchsetzen, dass Besserverdienende mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen müssen. Außerdem fehlen Aussagen zur Mitbestimmung, nicht nur bei Werkverträgen. Drittens fehlt eine Reform der sachgrundlosen Befristung. Wir wollen sie abschaffen. Denn sie wird missbraucht und schadet den jungen Menschen, von denen etwa jeder Zweite keine unbefristete Stelle hat.

Für die Reparaturen gibt es auch öffentliche Schelte. Zum Beispiel, dass die »Wohltaten« für Rentner die jungen Generationen belasten.

Schild: Die Menschen, die unser Land aufgebaut haben, es mit ih-

h nie **so viel Einfluss**

Fotos: Frank Rumpenhorst

Armin Schild, 52, ist Leiter des IG Metall-Bezirks Mitte und Mitglied im SPD-Vorstand. Er war an den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD beteiligt.

rer täglichen Arbeit wettbewerbsfähig machen und mit ihren Steuern finanzieren, sind nicht verantwortlich für prekäre Arbeit und mangelnde Zukunftsaussichten der jungen Generation.

Gibt es Interessengegensätze zwischen Jungen und Alten?

Schild: Überhaupt nicht, aber zwischen den fleißigen Menschen und denen, die aus immer größeren Vermögen, für die sie kaum Steuern zahlen, anstrengungslos Reichtum beziehen. Gerade die Jüngeren leiden unter den vergangenen Arbeitsmarkt- und Rentenreformen. Erst arbeiten sie als Leiharbeitnehmer oder mit befristeten Jobs. Dann erhalten sie niedrigere Renten und müssen dafür auch noch länger arbeiten. Wir wollen, dass junge Menschen dauerhaft sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten. So sichern wir ihre Zukunft – auch als spätere Rentnergenerationen.

Du hast eben die Industriepolitik angesprochen. Steht dazu genug im Koalitionsvertrag?

Schild: Wir hätten uns mehr vorstellen können. Vieles wird nur angedeutet, nicht richtig ausgefüllt. Es fehlt eben eine Steuerpolitik, die dem Staat zusätzliche Einnahmen für nötige Investitionen und die Förderung von Zukunftstechnologien bringt.

Künftig werden weniger Windkraftwerke gebaut. Ist das nicht ein Kurswechsel zurück?

Schild: Im Gegenteil. Im Koalitionsvertrag sind der Vorrang für erneuerbare und die Abkehr von der Atomenergie festgeschrieben. Daneben formuliert er aber auch akzeptable Strompreise und Planungssicherheit als Ziele. Wir leiden unter einem Investitionsstau, weil zuverlässige, nachvollziehbare Planungsvorgaben fehlen. Im Koalitionsvertrag sind zum ersten Mal realistische Ausbauziele und ein vernünftiger Entwicklungspfad festgelegt, der die Beschäftigten im Blick hat und zugleich wirtschaftlich vertretbar ist. Wir sind doppelt davon betroffen: als Beschäftigte, deren Arbeitsplätze teilweise von der Energiewende abhängen, und als Verbraucher, die Strompreise bezahlen müssen.

Alles, was vereinbart wurde, steht unter Finanzierungsvorbehalt. Befürchtest Du Abstriche bei der Umsetzung?

Schild: Es ist wie bei Tarifverträgen: Alles muss zweimal durchgesetzt werden, erst der Vertrag, dann die konkrete Umsetzung. Aber der Koalitionsvertrag ist ein ermutigendes Zeichen dafür, dass Gewerkschaften Einfluss auf die Politik nehmen können. Wir hatten noch nie so großen Einfluss. Das muss so bleiben. Wir dürfen nicht wie die zwei Alten in der Muppet Show vom Balkon aus zusehen, was im Parlament geschieht. Wir müssen jetzt unsere Durchsetzungskraft unter Beweis stellen.■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

WISSEN

Wie die IG Metall den Koalitionsvertrag bewertet

Was steht im Koalitionsvertrag drin und was fehlt: zu Rente, Mindestlohn, Tarifpolitik, Mitbestimmung, Leiharbeit, Werkverträgen, Wirtschafts- und Industriepolitik, Energiewende, Europa und anderen wichtigen Themen? Bewertungen des Vertrags und ein Interview mit Detlef Wetzel dazu unter:

igmetall.de/bundestagswahl

KURZ & BÜNDIG

Feste Jobs und mehr Geld

Bei Sitech Sitztechnik, einer 100-prozentigen VW-Tochter, gilt rückwirkend zum 1. Oktober ein Tarifvertrag für Leiharbeitnehmer. Die Leihbeschäftigten werden spätestens nach 36 Monaten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen und erhalten mehr Geld. Der Vertrag gilt für die drei Standorte Emden, Hannover und Wolfsburg.

Foto: Helmut Roos

Borg-Warner-Beschäftigte: gegen angekündigte Schließung

Kampf gegen Schließung

Die Beschäftigten beim US-Automobilzulieferer Borg-Warner wehren sich gegen die angekündigte Werkschließung. Ende November teilte die Geschäftsleitung mit, das Werk im badischen Ketsch zum 31. Dezember 2014 zu schließen. Betroffen wären rund 200 Beschäftigte und ihre Familien.

mannheim.igm.de

Zukunft für Bosch solar?

Das Unternehmen Solarworld will einen Teil der Modulfertigung von Bosch solar in Arnstadt übernehmen – und damit 800 der rund 1500 Beschäftigten. Bis zu 250 sollen bei Bosch bleiben, 100 will eine Pharmafirma beschäftigen. Den Verbleibenden wird der Wechsel in eine Transfergesellschaft angeboten. Die Betriebsräte lassen die Konzepte zurzeit prüfen.

erfurt.igmetall.de

Erstmals in ihrer Geschichte haben die Service-Beschäftigten des Windkraftanlagenherstellers Enercon Betriebsräte gewählt. 2200 Monteure und Büroangestellte der neun regionalen Servicegesellschaften haben mithilfe der IG Metall monatelang darauf hingearbeitet. Sie wollen nicht mehr, dass die Firma über ihre Köpfe hinwegentscheidet – sondern endlich auf Augenhöhe mitreden.
Von Dirk Erb

Bissig kalt ist es heute, bei Enercon im Gewerbegebiet von Lengenbostel, irgendwo an der A1 zwischen Hamburg und Bremen. Den blechverkleideten Bau teilt sich die Firma mit einem Fitnessstudio. Sieht erst mal nicht nach einer Zentrale aus, von der aus Deutschlands größter Windkraftanlagenbauer Montage und Wartung all seiner Windräder zwischen der Weser und der dänischen Grenze steuert. »Kaffee und Bockwurst« verspricht das mit blauem Filzstift gekritzelte Hinweisschild im Heckfenster eines Autos, das auf dem geschotterten Parkplatz abgestellt ist. Monteure in gelben Westen steigen aus ihren Bullis, schlendern zum IG Metall-Stand und albern herum. »Schicke Thermohose. Seit sechs Uhr morgens seid Ihr hier? Aber Ihr habt ja Käffchen und Feuerzeuge zum Aufwärmen.«

Sie gehen wählen. Denn heute ist Betriebsratswahl bei der WEA Servicegesellschaft Nord von Enercon. So etwas hat es hier noch nie gegeben. Und obwohl sie auch per Briefwahl abstimmen konnten, sind viele Hunderte Kilometer weit hierher gefahren.

Mitentscheiden. »Wir wollen vor Ort Flagge zeigen, dass wir hinter dem Betriebsrat stehen«, sagt ein junger Monteur Anfang zwanzig, bevor er in der Tür zum Wahllokal im Bürobau verschwindet. »Wenn wir schon mal mitentscheiden können, dann müssen wir das auch nutzen.«

Darauf haben die 200 Monteure der Servicegesellschaft Nord monatelang hingearbeitet. Damit ihr Arbeitgeber nicht länger über ihre Köpfe hinwegentscheidet. Sie wollen eine faire Bezahlung, mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung sowie gesündere und altersgerechte Arbeitsbedingungen. Denn die Arbeit ist hart, bei Wind und Wetter oben auf den Windrädern, die neuesten sind 147 Meter hoch. Im ständigen Wechsel, mal hier, mal da, oft bis spät nachts.

»Wenn die jungen Leute gerade aus der Ausbildung hierher kommen, ist das ja erst mal okay. Aber irgendwann haben sie auch mal eine Familie«, erklärt Daniel C.* Der Elektroniker ist zwar ebenfalls erst Anfang zwanzig, aber schon ein »alter Hase«. Er ist seit drei Jahren hier. Länger bleiben nur wenige. Das wollen die Monteure ändern. Angst, ihr Gesicht vor der Kamera zu zeigen, haben sie heute nicht mehr.

Rücken gestärkt. Vor einem Vierteljahr sah das noch anders aus. »Keine Fotos«, war die Ansage, als sie Anfang September schon mal hier zusammenkamen. Damals wählten sie einen Wahlvorstand (Bild rechts), um damit die Betriebsratswahl einzuleiten, zeitgleich mit ihren 2000 Kollegen in den anderen acht regionalen Servicegesellschaften in Deutschland. Sie, die jeden Tag auf über 100 Meter hohen Windtürmen herumklettern, hatten Bammel. Wie würde ihr Arbeitgeber reagieren? Enercon hatte den Ruf, keine Gewerkschaft und keine Betriebsräte zu dulden.

Foto: Susanne Hübner

Aber sie hatten keine andere Wahl mehr. Seit Jahren war die Unzufriedenheit gestiegen. In Lengenbostel ärgerten sich die Monteure vor allem über das neue Schichtmodell, das Enercon im Februar einseitig verordnet hatte, ohne vorher mit ihnen zu reden.

Immer mehr Beschäftigte fassten sich ein Herz und wandten sich an die IG Metall: Wir brauchen einen Betriebsrat, helft uns dabei.

Die IG Metall half. Und eine Welle der Unterstützung sorgte für Rückenwind: Betriebsräte aus anderen Betrieben erklärten ihre Solidarität. Sogar Landtags- und Bundestagsabgeordnete wandten sich in Videobotschaften an die Monteure. Und ehrenamtliche Metaller aus der ganzen Republik stärkten den Monteuren bei Aktionen vor Ort den Rücken.

»Die Leute waren anfangs schon ziemlich verunsichert«, erinnert sich Vladimir Bojcetic, IG Metall-Vertrauensmann bei Daimler im baden-württembergischen Gaggenau. »Trotz allem waren alle froh, dass endlich etwas passiert.«

Bojcetic ist damals über 1000 Kilometer weit gereist und war einer von 19 Gaggenauer Vertrauensleuten, die eine ganze Woche lang die Enercon-Monteure an ihren Stützpunkten besucht haben. »Das war ein klasse Bild, wie sie schließlich mit ihren Transportern zur Wahlversammlung angefahren kamen und dann entschlossen in den Saal hineingegangen sind.«

Wahl durchgezogen. Entscheidend war, dass alle Beschäftigten in allen Servicegesellschaften an einem Strang gezogen haben. Auch für Daniel C. war das der Knackpunkt. »Als wir das gesehen haben, hatten auch wir bei uns am Stützpunkt keine Angst mehr.«

Schließlich kam alles halb so schlimm. Die Beschäftigten ließen sich nicht einschüchtern, auch wenn es einige Widerstände gab: Die Wahl der Wahlvorstände in Lengenbostel etwa sollte nicht im Betrieb, sondern in einem Hotel stattfinden. Doch der Inhaber des Fitnessclubs nebenan stellte den Beschäftigten seinen Gymnastiksaal

**Name von der Redaktion geändert*

WISSEN

Enercon

- Größter Windkraftanlagenhersteller in Deutschland. Gegründet 1984.
- Rund 11 000 Beschäftigte, davon 2200 in den neun regionalen Servicegesellschaften, die Aufbau und Wartung der Windtürme leisten.
- Bislang gab es nur vereinzelt Betriebsräte in den rund 50 Enercon-Betrieben.

Rückenwind für Betriebsräte

Foto: Cordula Kropke

Wahlvorstände und Betriebsratskandidaten der Enercon-Servicegesellschaften bei der Schulung (links).

Im Blog windstärke13.info (unten) konnten sich die Beschäftigten aktuell informieren und kommunizieren.

zur Verfügung. Er hat selbst einmal in einem Metallbetrieb gearbeitet. »Damals haben wir auch einen Betriebsrat gegründet. Und vieles wurde besser.«

Als der Wahlvorstand dann gewählt war und die Arbeit aufnahm, wollte die Geschäftsführung die IG Metall nicht reinlassen. Obwohl sie das laut Gesetz muss. Bis vor das Landesarbeitsgericht musste die IG Metall dafür ziehen.

Doch im Großen und Ganzen konnten die Wahlvorstände ohne Störungen die eigentliche Betriebsratswahl Ende November organisieren, Wählerlisten erstellen und Kandidaten für die Betriebsratswahlen finden. Das ist ihnen gelungen. In Lengenbostel etwa traten 20 Kandidaten zur Wahl an – zehn Prozent der Belegschaft.

Endlich Betriebsrat. Um 16 Uhr ist die Betriebsratswahl bei der Servicegesellschaft Nord in trockenen Tüchern. 80 Prozent der Belegschaft haben sich an der Wahl beteiligt.

»Das zeigt die Geschlossenheit. Und wie wichtig den Beschäftigten die Wahl ist«, meint Markus Kühnast, der zum stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde. »Auch für mich persönlich ist das etwas Besonderes. Ich arbeite gerne hier. Seit zehn Jahren bin ich als Windmühlenwart in der Firma. Und plötzlich kann ich in einen Betriebsrat gewählt werden und gemeinsam mit den Kollegen Dinge bewegen.«

Auch in den anderen Servicegesellschaften sind die Betriebsratswahlen gut gelaufen. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 78 Prozent. Erstmals in ihrer Geschichte haben die Service-Töchter des Windkraftanlagenbauers Enercon Betriebsräte. 77 neugewählte Betriebsratsmitglieder nehmen ihre Arbeit auf.

Veränderungen wird es nicht von heute auf morgen geben. Das ist den Beschäftigten völlig klar. Der neue Betriebsrat will nun die Herausforderung ruhig und besonnen angehen.

»Erst mal geht es darum, uns zu organisieren. Wir bauen die Betriebsratsarbeit ja völlig neu auf«, betont Robert Harms, der neue Betriebsratsvorsitzende der Servicegesellschaft Nord. »Dazu müssen wir schnellstmöglich geschult werden, um kompetent handeln zu können. Und wir wollen das Gespräch mit der Geschäftsführung suchen, um klarzumachen: Wir wollen nicht gegen die Firma arbeiten – sondern miteinander.« ■

Überwachung ist verboten

RECHT SO | Viele Beschäftigte erhalten vom Arbeitgeber ein Mobiltelefon oder ein Fahrzeug, das sie dienstlich für ihre Tätigkeit nutzen müssen. Doch darf der Chef heimlich die Bewegungsdaten erfassen? Antworten liefert Tjark Menssen.

Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Hermann

Immer mehr Beschäftigte nutzen beruflich Smartphones und Tabletcomputer mit Mobilfunkkarten. Die modernen Kommunikationsmittel erleichtern zwar die Arbeit. Sie bergen aber auch Risiken. Arbeitgeber könnten Beschäftigte über die Geräte kontrollieren, etwa wann sie wohin fahren oder ob sie früher Feierabend machen.

Wie die meisten Smartphones mit einer Suchfunktion ausgestattet sind, können auch Navigationssysteme in Fahrzeugen mit einem Sender bestückt werden. Auf diese Weise können sie nicht nur ganze Fahrzeugflotten steuern, sondern auch Außendienstmitarbeiter gezielt einsetzen und überwachen. Hieraus ergeben sich eine Menge rechtlicher Fragen.

Mobilfunktelefone und Navigationsgeräte, die eine Rückmeldefunktion an ein Flottenmanagement haben, fallen unter das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Danach ist es verboten, Personen verdeckt zu orten. Arbeitgeber können das Einverständnis des Beschäftigten nicht aus einem normalen Arbeitsvertrag ableiten. Das gilt auch für Beschäftigte, die mit einem Dienstwagen unterwegs sind. Aber auch eine Vereinbarung zu einer Ortung ist hoch problematisch. Die Einwilligung muss nämlich freiwillig gegeben und darf nicht von einer Gegenleistung abhängig gemacht werden. Dass dies geschieht, ist aber in aller Regel nicht der Fall.

Abschalten. Um die Ortung zu unterbinden, reicht es daher nicht aus, die Ortung im Gerät auszuschalten. Wenn der Arbeitgeber eine entsprechende Applikation installiert hat, kann er das GPS-Signal jederzeit wieder aktivieren. Wer von seinem Arbeitgeber dienstlich ein Smartphone erhält, sollte sich schriftlich zusichern lassen, dass durch das Gerät keine Bewegungsdaten erfasst werden. Hierauf hat jeder Beschäftigte nach dem Datenschutzgesetz ein Recht.

Nur mit Betriebsrat. In Betrieben mit Betriebsrat ist die Einführung technischer Einrichtungen, die objektiv geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen, nur mit dessen Zustimmung möglich.

Beim Datenschutz hat der Betriebsrat jedoch nur eine Kontrollfunktion, die unabhängig und gleichberechtigt neben der als Selbstkontrolle des Unternehmens ausgestalteten Überwachung durch betriebliche Datenschutzbeauftragte und der behördlichen Überwachung steht.

Der Arbeitgeber ist aber zur umfassenden Auskunft sowie zur Bereitstellung der notwendigen Informationen, gegebenenfalls durch sachkundige Arbeitnehmer, verpflichtet, damit der Betriebsrat seine Kontrollfunktion auch wahrnehmen kann. ■

WISSEN

Überwachung verboten

Arbeitgeber, die sich heimlich und ohne Wissen des Beschäftigten dessen Standortdaten verschaffen, machen sich strafbar. Der Bundesgerichtshof bestätigte ein Urteil des Landgerichts Mannheim, das Detektive zu Freiheitsstrafen verurteilte, die im Auftrag eines Arbeitgebers einen Mitarbeiter per Peilsender beschatteten (Az. 1 StR 32/13).

Neu: InfoApp mit Schichtplaner

Mit der InfoApp für Smartphones und Tablets direkt zu Tarifverträgen und Leistungen der IG Metall, Arbeitswelt- und Tarifglossare sowie allen Adressen – vor Ort und im Netz.

Ein Schichtplaner mit Kalenderfunktion, ein Überstundenrechner und der Leistungsrechner runden die Anwendung ab. Die App gibt es im App-Store für Apple-Geräte und im Google-Play-Store für Android-Geräte. Die App ist gratis.

Die Info App für alle Betriebssysteme:
m.igmapp.de/desktop/

Streik nach neun Wochen beendet

Der harte Arbeitskampf bei Norgren in Großbettlingen (Baden-Württemberg) ging nach neun Wochen zu Ende. Das Ergebnis sieht einen »sehr guten Sozialplan« vor, sagt Jürgen Groß von der IG Metall Esslingen – trotz des Streikbruchs durch den Einsatz von Leiharbeitern. Die Belegschaft selbst hat sich in einem Brief für die Unterstützung vor Ort und die vielen Spenden bedankt. »Auch wenn wir das Werk nicht erhalten konnten, können wir jeden Morgen in den Spiegel schauen und mit Stolz und Würde nach vorne blicken«, schrieben sie. Das Werk wurde Ende 2013 geschlossen, 100 Jobs fielen weg. ■

PRODUKT

Static Sticker

Aufkleber ohne Kleber: Das sind »Static Sticker«. Sie haften durch statische elektrische Ladung auf allen glatten Flächen und können ohne Mühe wieder entfernt werden. Ohne Rückstände – und ohne juristisches Nachspiel. Im Gegensatz zum klassischen Aufkleber, der eine teure Anzeige wegen Sachbeschädigung nach sich ziehen kann, vor allem wenn der Lack des Untergrunds beim Ablösen daran kleben bleibt.

Das macht die kleberlosen Static Sticker zur besseren Alternative für schnelle, vorübergehende Aktionen. Für Clubs oder Discos, die Partys und Konzerte bewerben. Aber auch für politische Bewegungen, die zu Demos aufrufen.

Sticker in Aktion. Die IG Metall Jugend nutzt die statisch aufgeladenen Folien seit einigen Jahren. Erstmals bei Aktionen zu ihrer Kampagne »Operation Übernahme«. Die jungen Aktiven pappen die Static Sticker im Vorbeigehen auf Schaufenster, Straßenschilder oder auch mal auf Autos. So bleiben ihre Botschaften haften – ohne juristisches Haftungsrisiko. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Static Sticker der IG Metall Jugend zur Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung

Foto: Diego Cervo/panthermedia.net

Gute Kinderbetreuung: glückliche Kinder, glückliche Eltern

CHECKLISTE

Vereinbarkeit
Was berufstätige Eltern beachten müssen, wenn sie für ihren Nachwuchs einen Kitaplatz suchen.

1. Seit 1. August 2013 haben Kleinkinder einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kita oder durch Tageseltern.
2. Eltern sollten spätestens vier Monate vor Betreuungsbeginn einen schriftlichen Antrag stellen. Es besteht kein Recht auf eine wohnungsnahe Einrichtung.
3. Wird der Antrag abgelehnt, können Eltern den Platz oder die Kosten einklagen. Auch Eilanträge sind möglich.

Rundum **gut versorgt**

FAMILIE UND BERUF

Job und Kinderbetreuung – für viele Arbeitnehmer immer noch ein großes Problem. Nicht so für die Beschäftigten von VW in Baunatal bei Kassel. Dort gibt es seit zwei Jahren eine Kinderkrippe.

Im »Krabbelkäfer« bei VW Baunatal geht es schon frühmorgens turbulent zu. Denn bereits um 6.30 Uhr können Mütter und Väter, die bei dem Autobauer arbeiten, ihren Nachwuchs in der Kinderkrippe abgeben. Dort werden seit zwei Jahren zwischen 20 und 25 Kleinkinder unter drei Jahren betreut.

Schneller zurück im Job. Dass die Beschäftigten ein großes Interesse an einer betrieblichen Kinderkrippe haben, hat der Betriebsrat im Jahr 2007 bei einer Mitarbeiterbefragung herausgefunden. Dabei erklärten auch viele Eltern, dass sie nach der Babypause schneller zurückkehren würden, wenn der Nachwuchs gut versorgt wäre.

Ein zehnköpfiges Team betreut den Nachwuchs der Beschäftigten von 6.30 Uhr bis 17 Uhr im »Krabbelkäfer«. Dazu gehören sieben Erzieher, eine Sozialpädagogin, eine Leiterin und eine Hauswirtschaftsfachkraft.

Flexibel arbeiten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für den Betriebsrat des Autobauers schon lange ein wichtiges Thema. Neben der Betriebskita hat sich der Betriebsrat daher auch für familienfreundliche Arbeitszeiten eingesetzt. Ergebnis sind verschiedene Teilzeitmodelle, die es den Beschäftigten ermöglichen, zwischen 18 und 24 Stunden in der Woche zu arbeiten.

Initiativen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es immer häufiger – meist initiiert von Betriebsräten und Vertrauensleuten. So wie bei VW. Ziel sind alltagsnahe Lösungen, beispielsweise betriebliche Kinderkrippen und familienfreundliche Arbeitszeiten. ■

Ellen.Klement@igmetall.de

igmetall.de/vereinbarkeit

Foto: Igor Pastierovic

Arm in Arm für bessere Arbeitsbedingungen in ihrem Betrieb: Randolph Oechslein, Liane Seipelt und Anja Schiffler-Werner (rechts)

Gemeinsam die Gesundheit stärken

DA GEHT WAS

Die Arbeitsbelastungen in der Textilindustrie sind hart, den Beschäftigten wird körperlich viel abverlangt. In der Spinnerei Neuhof im oberfränkischen Hof hat der Betriebsrat Maßnahmen zum Gesundheitsschutz umgesetzt. Die Kollegen freuen sich.

Am Abend, nach acht Stunden Greifen und Heben und Drehen und Bücken, am Abend, da schmerzen die Arme. Und der Rücken, sagt Anja Schiffler-Werner, der Rücken tut auch weh.

Aber wie könnte es denn auch anders sein, denkt man, wenn man die 42-Jährige einmal in der Spinnerei Neuhof im oberfränkischen Hof besucht. Wenn man sieht, wie sie Garnspulen greift, wie sie die Spulen auf eine Ablage legt und überprüft, wie sie die Spulen wieder packt und in Kartons verpackt. 3000 Stück am Tag, jede wiegt eineinhalb Kilo. Wie könnte es anders sein, als dass Anja Schiffler-Werner abends keine Schmerzen hat? »Natürlich kann es auch anders sein«, sagt Randolph Oechslein. Oechslein ist Betriebsratsvorsitzender der Spinnerei, ein schlanker Mann mit festem Händedruck, der sich nicht weismachen lässt, dass Dinge nicht besser werden können. Besonders die Arbeitsbelastungen. Das hat er bewiesen.

190 Menschen arbeiten in der Spinnerei Neuhof. In den großen Werkshallen aus Klinkerstein werden Garne für Schutzbekleidungen und Heimtextilien gesponnen. Es ist eine hochtechnische, präzise Arbeit, die sie hier leisten. Körperlich ist sie extrem anstrengend.

»Die Kollegen sind hohen Belastungen ausgesetzt«, sagt Betriebsrat Oechslein. Viele Maschinen sind ergonomisch mangelhaft konstruiert: Wer an ihnen arbeitet, muss sich oft bücken, oft drehen. Rückenprobleme sind so vorprogrammiert. Oechslein und seine Betriebsratskollegen wollten sich damit nicht abfinden. Sie machten Druck auf die Geschäftsleitung, sie führten Belastungsanalysen für einzelne Arbeitsplätze durch – auf dieser Grundlage konnten sie viele Verbesserungen durchsetzen.

In der Ringspinnerei wurden Leichtlaufräder an die Spulenwagen montiert, die meisten der 450 Wagen sind bereits umgerüstet, jetzt lassen sie sich auch voll beladen gut schieben. An den Zwirnmaschinen wurden die Bremsen justiert, und im Spinnereivorwerk hat der Betriebsrat eine große Investition durchgesetzt: Maschinen greifen nun die einzelnen Lagen Rohfaser, jede wiegt rund zehn Kilo, und legen sie auf ein Band. »Seither steigen Rückenkrankheiten nicht mehr«, sagt Oechslein, »aber es gibt trotzdem noch viel zu tun.«

Etwa in der Einlegerei, in der auch Anja Schiffler-Werner arbeitet. »Ein zweites Förderband wird gebaut, die Kollegen müssen sich dann nicht so oft bücken«, sagt Oechslein und schaut einem in die Augen. »Wer sagt, dass sich nichts ändern lässt?«, fragt er. ■

Jan.Chaberny@igmetall.de

WISSEN

Tarifverhandlungen in der Textilindustrie

Derzeit laufen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. »Die Arbeit muss gesünder und alternsgerechter werden«, sagt IG Metall-Verhandlungsführer Michael Jung. »Beschäftigte müssen rauskönnen, wenn die Kraft nachlässt.« Die Verhandlungen sind seit 11. November festgefahren.

Gummibärchen trifft Zimtstern

TIPP FÜR DEN JOB

Schokoriegel als schnelle Energiespender in der Nachtschicht, ein Eis in der Mittagspause vor dem Gespräch mit dem Chef – unter Stress greifen Menschen gerne zu Süßem. Hilft der Zucker wirklich?

Bei immer mehr Stress und Druck am Arbeitsplatz greifen viele Menschen zu immer mehr Gummibärchen, Zimtsternen und Schokokugeln. Es fühlt sich wonnig an, wenn Schokolade im Mund zergeht. Und ein wenig Trost spendet Nervennahrung ja sowieso. Oder etwa nicht?

Keine Beweise. Gerade in der dunklen Jahreszeit überfällt Menschen die Lust nach Süßem. Der Grund: Mangels Licht bildet der Körper weniger Glücksstoffe. Ähnlich wirkt auch Stress. Süße Nahrung enthält viele Kohlehydrate, die schnell ins Blut übergehen, und löst daher das Problem nur scheinbar. Bisher konnte keine Studie Süßigkeiten attestieren, eine wirksame Waffe gegen Stress zu sein. Zwar kann man bei Unterzuckerung schneller die Konzentration verlieren. Die positive Gegenwirkung von Naschereien überdauert jedoch kaum 40 Minuten. Starke Konzentrationsschwankungen sind die Folge und langfristig kann noch Unzufriedenheit mit der Figur hinzukommen.

Nach den Feiertagen haben die meisten ohnehin ein paar Kilos mehr auf den Rippen. Ein guter Zeitpunkt, um auf gesunde Ernährung zu achten.

Gegen Stress stärken Magnesium, Eisen, Zink und B-Vitamine. Vollkornprodukte, Bananen, Milch, Hühnerfleisch und Trockenobst enthalten viel von diesen Mineralien und Vitaminen.

Noch besser als futtern ist: Ausdauersport treiben, schwimmen oder ein Saunabesuch. Sie helfen den nächsten Arbeitstag entspannter anzugehen. ■

Cartoon: Stephan Rürup

TIPP

Richtig schlemmen
Was im Essen steckt, was satt macht und warum Chinesen am Morgen auf ein warmes Süppchen schwören – Antworten und Tipps:
ikk-gesundplus.de
→Gesund leben
→Ernährungstipps

VW-Jugend stößt globale Charta für Ausbildung an

BLICK AUF DIE WELT

Junge VWler aus Lateinamerika und Deutschland für weltweite Ausbildung nach deutschem Vorbild.

In allen Volkswagen-Werken auf dem Globus soll eine Ausbildung nach deutschem Vorbild und mit vergleichbaren Standards aufgebaut werden. Dies fordern Azubis und junge Beschäftigte aus lateinamerikanischen und deutschen VW-Standorten. Auf ihrer ersten internationalen Jugendkonferenz entwarfen sie dazu eine Charta für Ausbildung. »Wir haben uns gegenseitig besucht«, erzählt die Vorsitzende der Gesamtjugendvertretung Debora Aleo. »Die Kollegen waren begeistert von unserer Ausbildung in Wolfsburg.«

Weltkonzernbetriebsrat und Konzernleitung haben nun Gespräche zur Charta für Ausbildung aufgenommen.

KURZ & BÜNDIG

Holzwerkstoffe in Gefahr

Betriebsräte der Holzwerkstoffindustrie schlagen Alarm: Seit 2005 ist ein Fünftel der Arbeitsplätze verloren gegangen, was auch Abnehmer und Zulieferer betrifft. Aktuell will der Spanplattenhersteller GHP sein Werk in Horn schließen. In ihrer »Tauberbischofsheimer Erklärung« setzen sich die Betriebsräte gegen die Schließung und für die Beschäftigten ein.

Schwarzbuch Berufskrankheiten

Jedes Jahr erkranken Menschen oder sterben sogar, weil ihre Arbeit ihre Gesundheit zerstört hat. In 70 000 Fällen melden Ärzte oder andere Stellen den Verdacht auf eine Berufserkrankung an die zuständigen Berufsgenossenschaften. Nur jeder Fünfte wird anerkannt. Noch weniger erhalten eine Rente aufgrund ihrer Berufskrankheit. Warum sie oft schwer oder gar nicht zu ihrem Recht kommen, beschreibt: »Berufskrankheiten. Das Schwarzbuch der IG Metall«. Allgemein und am Beispiel häufiger Erkrankungen zeigt das Buch, was im Berufskrankheitenrecht schiefläuft, worauf Betroffene achten müssen und was die Politik ändern muss. Es kostet drei Euro und kann hier bestellt werden:
igmservice.de
→Weitere Angebote
→Interessante Bücher

Neu auf dem Markt: Schwarzbuch der IG Metall Berufskrankheiten

6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag

24. bis 25. November 2013 in Frankfurt

MEHR BETEILIGUNG, MEHR GERECHTIGKEIT

Die IG Metall hat in den letzten Jahren viel erreicht. Sie hat sich für Beschäftigte am Rande des Arbeitsmarkts eingesetzt. Die Zahl der Mitglieder stieg. Auf dem 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstag wählten die Delegierten Detlef Wetzel zum neuen Ersten Vorsitzenden, Jörg Hofmann zum Zweiten Vorsitzenden und Jürgen Kerner zum Hauptkassierer. Neue geschäftsführende Vorstandsmitglieder sind Irene Schulz und Wolfgang Lemb. Christiane Benner und Hans-Jürgen Urban wurden vom Ordentlichen Gewerkschaftstag 2011 für vier Jahre gewählt und bleiben im Amt. **Fotos: Frank Rumpenhorst**

KURSWECHSEL: GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN

Während einer Pause: die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag

AUS DEM GRUNDSATZREFERAT DES NEUEN ERSTEN VORSITZENDEN DETLEF WETZEL

Für einen aktiven Staat, der allen Menschen die Chance gibt, etwas aus ihrem Leben zu machen, sprach sich Detlef Wetzel, der Erste Vorsitzende der IG Metall, auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftstag aus. Warum es eine gerechte und solidarische Gesellschaft nur mit einer starken Gewerkschaft gibt und was die IG Metall in den kommenden Jahren dafür tun wird, erklärte er in seiner Rede. Hier Auszüge:

Mit der IG Metall das Leben zum Besseren wenden

Es gibt weltweit immer mehr Menschen, die sich wie wir mit dem, was ist, nicht abfinden wollen. Die wie wir nach gerechteren Wegen suchen. Unser Ziel ist das gute Leben für alle Menschen. Unsere Leitlinien sind Gerechtigkeit, Fairness, Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung sowie die Anerkennung und Berücksichtigung von Vielfalt und Humanität in der Arbeitswelt und der Gesellschaft. Unser Maßstab sind die Ansprüche der Beschäftigten. Sie wollen Arbeit, sicher und fair für alle. Sorgenfrei im Alter leben. Eine gute Zukunft für ihre Kinder. Arbeit und Leben miteinander vereinbaren.

Im Betrieb zeigt sich, ob wir die Hoffnungen und Wünsche unserer Mitglieder erfüllen. Dort zeigt sich unsere Glaubwürdigkeit. Wir wollen, dass Beschäftigte sich organisieren. Wir wollen, dass sie selber handeln und gemeinsam mit der IG Metall das Leben zum Besseren wenden.

Wir haben uns mit Menschen solidarisch erklärt, die kaum einer beachtet hat. Wir haben Leiharbeitnehmer organisiert. Dabei haben Kern- und Randbelegschaft an einem Strang gezogen. Und das gelebt, was uns wichtig ist: Solidarität! Diesen Erfolg wollen wir bei den Werkverträgen wiederholen. Es ist nicht alles gut, was Arbeit schafft. Arbeit hat keine Würde, wenn die Menschen nicht von ihrer Arbeit ordentlich

Fortsetzung auf Seite 18

DIE ERÖFFNUNG

Der 6. Außerordentliche Gewerkschaftstag fand Ende November im Messezentrum in Frankfurt am Main statt.

DER ABSCHIED

Der neue Erste Vorsitzende Detlef Wetzel (hinten) verabschiedet die ehemaligen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Bertin Eichler (links) und Helga Schwitzer, den ehemaligen Ersten Vorsitzenden Berthold Huber sowie das Vorstandsmitglied Dieter Hinkelmann (rechts).

Fortsetzung von Seite 17

leben können, und Arbeit hat keine Würde, wenn die Menschen dafür keinen Respekt und keine Anerkennung bekommen.

Vom Stahlarbeiter bis zur Entwicklungsingenieurin

Wir werden unsere Basis weiter stärken. Wir wollen die ganze Vielfalt erreichen, die sich heute in der modernen Arbeitswelt wiederfindet. Der Stahlarbeiter in Duisburg gehört genauso zur IG Metall wie die Entwicklungsingenieurin in München. Wir brauchen den Werkvertragsbeschäftigten genauso wie den Stammbeschäftigten. Wir wollen ein starker Partner für alle Menschen sein, die mit uns gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft kämpfen wollen. Wir sind an der Seite derer, die eine starke IG Metall brauchen!

Sozialstaat der Lebenschancen

Uns leitet das Bild eines aktiven Staats. Eines Staats, der sich selbst die Mittel gibt, das Gemeinwohl und relevante Ziele zu verfolgen. Der moderne Sozialstaat muss seine Schutzfunktion erfüllen. Die jetzige Ignoranz gegenüber der Lebensleistung seiner Bürger ist nicht zu akzeptieren. Alle Menschen haben einen berechtigten Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und eine menschenwürdige Existenz.

Der Sozialstaat hat vor allem die Aufgabe, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir brauchen einen Staat, der vorsorgt und Chancen für ein gutes Leben schafft. Dazu gehört neben einem ausreichenden Einkommen der Zugang zu Bildung, zu Wohnraum und zu einem funktionierenden Gesundheitssystem. Und die Möglichkeit einer demokratischen Beteiligung in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz.

Wir wollen in einem Land leben, das sich nicht nur Exportweltmeister nennt, sondern auch Wohlstandsweltmeister, Lebensqualitätsweltmeister, Bildungs- und Gerechtigkeitsweltmeister. Der aktive Sozialstaat bietet ein umfassendes Hilfs- und Unterstützungsinstrumentarium an. Er ermöglicht sozialen Aufstieg, fördert alle Begabungen und Talente, und das von Anfang an.

Wir brauchen eine Bildungsrevolution

Wir treffen im Bildungssystem auf eine knallharte Klassengesellschaft. Deutschland ist Champion auf dem Weltmarkt und unterste Liga in der Bildung. Wir brauchen keine Bildungsreform, sondern eine Bildungsrevolution!

Wir brauchen einen Pakt zur Fachkräftesicherung. Für einen Sozialstaat der Lebenschancen ist die Gleichstellung von Frauen und Männern selbstverständlich. Zu einem Sozialstaat der Lebenschancen gehört eine faire Rentenpolitik. Wir wollen das gesetzliche Rentenniveau verteidigen und ausbauen. Unser Ziel: Die gesetzliche Rentenversicherung muss in eine Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden, in die alle Berufsgruppen einzahlen – also auch Beamte und Selbstständige. Wir fordern flexible Wahlmöglichkeiten statt eine Einheitsgrenze 67. Wir stehen für die Weiterführung der Altersteilzeit. Wir stehen für Arbeitsbedingungen, die so gestaltet sind, dass die Menschen gesund in Rente gehen können.

Der selbstbestimmte Bürger am Arbeitsplatz

Demokratie in einer Gesellschaft ist erst dann vollständig und lebendig, wenn auch Demokratie im Betrieb herrscht. Es ist an der Zeit, die Mitbestimmung auszubauen. Darüber hinaus ist es notwendig, individuelle Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken. Entscheidungen dürfen nicht allein Sache der Kapitaleigner oder eines kleinen Kreises von Managern sein.

SONNTAG, 24. NOVEMBER

Die rund 500 Delegierten des 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstags kamen am Sonntag, dem 24. November, im Congress Center der Frankfurter Messe zusammen, um eine neue Führungsspitze der IG Metall zu wählen. Ihr Motto: »Kurswechsel für ein gutes Leben«.

Ablauf des Kongresses

Ein Gewerkschaftstag ist für die rund 500 Delegierten aus ganz Deutschland und die zahlreichen Helfer immer auch eine logistische Herausforderung. Haben alle ihre Unterlagen? Sind alle da? Gibt es genug Kaffee und Pausen? Wurden alle wichtigen Gäste begrüßt? Keine Klagen: Auch diesmal lief alles wie am Schnürchen.

Der neue Erste Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, während seiner Rede, in der er die Grundsätze seiner gewerkschaftlichen Arbeit und seine Vision beschreibt.

Wir brauchen erweiterte Rechte für Gewerkschaften: Die Zeit für ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ist überfällig. Und wir brauchen erweiterte Rechte bei der Unternehmensmitbestimmung kleinerer und mittlerer Betriebe. Demokratie in der Arbeitswelt darf sich nicht an der Beschäftigtenzahl orientieren. Demokratie gibt es ja auch nicht nur in Staaten mit mindestens 100 Millionen Einwohnern. Wir stellen der Ökonomisierung aller Lebensbereiche das Bild des selbstbestimmten Bürgers am Arbeitsplatz entgegen.

Mehr investieren für künftige Generationen

Wenn wir ein neues Kapitel der sozialen Marktwirtschaft schreiben wollen, muss Deutschland sehr viel mehr investieren! Wir laufen nicht so sehr Gefahr, Schulden aufzubauen, die künftige Generationen begleichen müssen. Die Gefahr liegt eher darin, dass wir künftigen Generationen eine verkorkste Infrastruktur und Industrie hinterlassen und ihnen die Grundlagen entziehen, im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote sinkt schon seit 40 Jahren – trotz steigender Kapitaleinkünfte und Rekordgewinnen. Wir fordern mehr Investitionen durch den Staat und Unternehmen.

»Demokratie in einer Gesellschaft ist erst dann vollständig und lebendig, wenn auch Demokratie im Betrieb herrscht.«

Detlef Wetzel

Bei Normalverdienern kommt immer weniger an

Die Lohnquote ist geschrumpft, die Gewinnquote gestiegen. Wachstum kommt immer weniger bei den Normalverdienenden an. Der

Fortsetzung auf Seite 20

SPD-Chef Gabriel zu Besuch

Sigmar Gabriel warb am Sonntagnachmittag vor den Metallerinnen und Metallern für die Große Koalition. Und er sprach sich für ein enges Miteinander von SPD und IG Metall aus.

Der Rückblick

Sechs Jahre stand Berthold Huber an der Spitze der IG Metall. In seiner Abschiedsrede blickte er auf die erfolgreichen Instrumente während der Finanzkrise 2008 zurück. Huber überzeugte Kanzlerin Merkel von Abwrackprämie und Kurzarbeitergeld und rettete viele Tausend Jobs.

Fortsetzung von Seite 19

viel zu hohe Anteil an Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung, die zurückgehende Tarifbindung und die viel zu niedrigen Entgelte im klassischen Dienstleistungsbereich haben die Verteilung zuungunsten der Beschäftigten geändert. Der Sozialstaat ist der Reparaturbetrieb dieser ungerechten Verteilung, indem er unzureichende Einkommen subventioniert.

Wir brauchen eine Neuordnung des Arbeitsmarktes. Das heißt: einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn, Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen. Die sachgrundlose Befristung muss weg. Das Tarifsystem muss stabilisiert werden durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Stärkung des Tariftreue- und des Entsendegesetzes.

Tarifverträge für unsere Produkte, in unseren Industrien

Wir werden weiter darum kämpfen, möglichst viele Betriebe in die Tarifbindung zu holen oder zurückzuführen. Zurzeit geht es um die tarifpolitische Regelung von Werkverträgen. Die IG Metall hat grundsätzlich nichts gegen externe Flexibilität, aber sie muss mitbestimmt und geordnet sein. Das ist nicht der Fall, wenn Outsourcing Tarifverträge umgeht oder niedrigere Löhne durchdrückt und das Beschäftigungsrisiko komplett auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert. Wir brauchen IG Metall-Tarifverträge entlang der Wertschöpfungskette für unsere Produkte in unseren Industrien. Es muss gelten: eine Wertschöpfungskette – ein Tarifvertragssystem – eine IG Metall. Dafür brauchen wir einen gewerkschaftspolitischen Betriebsbegriff, der über die Buchstaben des Gesetzes hinausgeht. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Organisationsbereich müssen von sich sagen können: Ich habe einen Tarifvertrag der IG Metall!

Sicherheit und gute Arbeit sind jedem wichtig

Eine der Hauptbotschaften unserer Beschäftigtenbefragung lautet: Sicherheit und gute Regelungen sind allen wichtig. Sie wollen, dass ihre Flexibilitätswünsche gleichberechtigt neben den betrieblichen Anforderungen stehen. Besonders diejenigen, die Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen, wollen einen verlässlichen Arbeitszeitrahmen, um ihre Arbeit mit den außerbetrieblichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Sie wollen Weiterbildung, die individuell fördert und Barrieren beseitigt. Außerdem wollen die Menschen alters- und alternsgerecht arbeiten können. Nicht zuletzt sprechen sich die Beschäftigten deutlich für flexible Ausstiegsmöglichkeiten am Ende des Erwerbslebens aus. Unsere Aufgabe ist es, in den kommenden Monaten Konsequenzen für unsere kurz- und mittelfristige tarifpolitische Strategie zu finden.

Europa muss demokratischer werden

Die große europäische Idee darf nicht von Marktradikalen, Nationalisten und Populisten zerstört werden. Die Mehrheit der Menschen will ein vereintes Europa – nur nicht in dieser Form! Europa muss demokratischer werden. Das Europäische Parlament muss mehr Rechte erhalten. Nicht die Europäische Kommission. Die europäische Politik muss die sozialen Grundrechte der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen ein Aufbauprogramm für Europa, wir brauchen Investitionen in Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Bildung. Wenn junge Leute Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Verbindung bringen, dann hat dieses Europa keine Zukunft. Wir wollen, dass unsere Grundwerte Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit Maßstab der Politik werden. National wie international. ■

DIE NEUEN IM VORSTAND

Jörg Hofmann

- *geb. 1955 in Oppelsbohm;*
- *Studium der Ökonomie und Soziologie;*
- *Tarifsekretär in der Bezirksleitung Baden-Württemberg;*
- *Bezirksleiter in Baden-Württemberg.*

Hofmann, der neue Zweite Vorsitzende, ist künftig zuständig für die Tarif- und Betriebspolitik.

Irene Schulz

- *geb. 1964 in Werne;*
- *Studium der Politikwissenschaft;*
- *Gewerkschaftssekretärin in der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen: Siemens-Team und IT-Betriebe.*

Wolfgang Lemb

- *geb. 1962 in Weilbach;*
- *Universalfräser;*
- *Studium an der Akademie der Arbeit;*
- *Erster Bevollmächtigter der IG Metall Gera;*
- *danach Erster Bevollmächtigter in Erfurt.*

MONTAG, 25. NOVEMBER

Der zweite Tag des Gewerkschaftstags war der große Tag: Die Wahl der neuen Führungsspitze stand an. Die Kanzlerin kam zu Besuch. Und die »Frankfurter Erklärung« wurde verabschiedet. Einige Delegierte nutzten die Möglichkeit, selbst Stellung zu beziehen.

Wahl des Ersten und Zweiten Vorsitzenden

Detlef Wetzel (Bild) wurde zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall gewählt. Er war seit 2007 Zweiter Vorsitzender. Zum neuen Zweiten Vorsitzenden wurde Jörg Hofmann – zuvor Bezirksleiter in Baden-Württemberg – gewählt.

Wahl zum Hauptkassierer

Die Delegierten wählten Jürgen Kerner (Bild) zum neuen Hauptkassierer. Kerner ist seit 2011 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Davor war er Geschäftsführer der IG Metall in Augsburg.

SEIT 2011 IM AMT

Christiane Benner

- *geb. 1968 in Aachen;*
- *Fremdsprachenkorrespondentin;*
- *Studium der Soziologie;*
- *Tarifsekretärin;*
- *Bereichsleiterin beim Vorstand; seit 2011 geschäftsführendes Vorstandsmitglied.*

Hans-Jürgen Urban

- *geb. 1961 in Neuwied;*
- *Studium der Politologie;*
- *Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik beim IG Metall-Vorstand;*
- *seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied.*

VERLOSUNG

Wetzel besser kennenlernen

Wer den neuen Ersten Vorsitzenden und seine Vorstellung von Gewerkschaftsarbeit sowie einer gerechteren Gesellschaft besser kennenlernen will, dem sei sein 2012 erschienenes Buch empfohlen.
Die Redaktion verlost fünf signierte Exemplare.
E-Mail an: **metallzeitung@igmetall.de**
Einsendeschluss: 15. Januar 2014
Zum Buch: Detlef Wetzel: »Mehr Gerechtigkeit wagen«
Hoffmann und Campe, 2012, 19,99 Euro

FRANKFURTER ERKLÄRUNG

ARBEITEN AN EINER GERECHTEN UND SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Ein gutes Leben für alle Menschen, lautet das Ziel der IG Metall. Zu einem guten Leben gehört gute Arbeit. Was dafür getan werden und was sich dafür ändern muss, haben die Delegierten des 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstags in ihrer »Frankfurter Erklärung« beschlossen.

Ein gutes Leben gibt es nur mit guter Arbeit. Deshalb erwartet die IG Metall, dass die Politik gute Arbeit zum Maßstab ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik macht. Gute Arbeit ist die Grundlage für Wohlstand, Innovationen und Wachstum.

Gute Arbeit heißt vor allem: Menschen müssen davon leben können und sie muss ihnen Sicherheit geben. Dafür muss die Politik den Arbeitsmarkt sicher und fair regeln. Sie muss Schluss machen mit der Spaltung der Belegschaften in Beschäftigte erster, zweiter und dritter Klasse. Sie darf Arbeitslose nicht dazu zwingen, für einen Lohn zu arbeiten, der nicht zum Leben reicht.

Für viele Menschen gehört zu guter Arbeit auch, dass sie in zwei Richtungen flexibel ist. Beschäftigte lehnen Flexibilität nicht ab, aber sie wünschen sich, dass Vorgesetzte auch auf ihre Wünsche Rücksicht nehmen. Sie wollen Arbeit und Leben vereinbaren. Sie wollen sich weiterbilden und gesund bleiben bis zur Rente.

Tarifvertrag zurückholen. Sichere und faire Arbeit gibt es mit guten Tarifverträgen. Die IG Metall will neue Betriebe und Branchen für Tarifverträge gewinnen und Betriebe in den Tarifvertrag zurückholen, die sich davon verabschiedet haben. Tarifverträge sind im Osten eine wichtige Voraussetzung, um Unterschiede zwischen Ost und West abzubauen. Sie können vor Lohndumping entlang der Wertschöpfungskette schützen.

Wie sicher Arbeitsplätze in Zukunft sind, hängt von sicheren Rahmenbedingungen und Investitionen ab. Damit die Energiewende gelingt, schlägt die IG Metall vor, eine Plattform Industriepolitik und Energiewende für Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaft einzurichten.

Mehr Demokratie. Der Ökonomisierung aller Lebensbereiche setzt die IG Metall Beteiligung und Demokratisierung in Betrieb und Gesellschaft entgegen. Es wird immer wichtiger, dass sich Menschen an Entscheidungen in Politik und Wirtschaft beteiligen. Deshalb fordert die IG Metall die Demokratisierung der Wirtschaft durch mehr Beteiligungsrechte der Beschäftigten und mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, vor allem bei Fragen zu Outsourcing, Leiharbeit und Werkverträgen. Nachzulesen ist die Frankfurter Erklärung unter:
igm-gewerkschaftstag-2013.de

Angela Merkel zu Besuch bei der IG Metall

Die Bundeskanzlerin besuchte – wie bereits 2011 – den Gewerkschaftstag der IG Metall. Merkel bedankte sich bei den Delegierten für die gute Zusammenarbeit. Und sie betonte, dass die IG Metall die größte Gewerkschaft sei, die es weltweit gibt.

Wahlen weiterer geschäftsführender Vorstandsmitglieder

Um den Vorstand weiter zu verjüngen, wurden noch zwei neue geschäftsführende Vorstandsmitglieder gewählt: Irene Schulz (vorher Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen) und Wolfgang Lemb (Geschäftsführer Erfurt).

Freikarten für Cebit und Hannover Messe

EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER

Messen zeigen neuste Trends: Es geht um Produkte, Technik, Innovationen, Dienstleistungen und um Energiesysteme. Die IG Metall stellt Freikarten zur Verfügung.

Mitglieder der IG Metall können auch dieses Jahr wieder kostenlos die Cebit und die Hannover Messe in Hannover besuchen. Die Karten kosten normalerweise 60 (Cebit) und 35 Euro (Hannover Messe). Das Geld können IG Metall-Mitglieder sparen.

Cebit. Die internationale Computermesse Cebit findet dieses Jahr vom 10. bis 14. März statt.

Wie immer in Hannover. Schwerpunkt diesmal: »Datability«. Dahinter steckt die Fähigkeit, große Datenmengen in sehr hoher Geschwindigkeit verantwortungsvoll und nachhaltig zu nutzen. Die IG Metall findet Ihr in Halle 9 im Bereich der Computerwoche.

Hannover Messe. Die Hannover Messe (7. bis 11. April), die weltweit wichtigste Industriemesse, beschäftigt sich mit der »Integrated Industry«. Dieser Begriff beschreibt die nächsten Schritte in Richtung intelligente, sich selbst organisierende Fabrik. Die IG Metall hat in Halle 3, im Bereich »Job and Career Market«, einen Infostand. Dort gibt es Infos für Absolventen rund um den Job, Vorträge über Einstiegsgehälter und am 9. April findet eine Fachtagung der IG Metall statt. Thema: Umwelt und Energie. ■

Exklusiv für Mitglieder: Auch in diesem Jahr gibt es wieder Freikarten.

TIPP

So kommt Ihr an die Freikarten

Wer interessiert ist, meldet sich bei seiner Verwaltungsstelle. Eure IG Metall vor Ort findet Ihr unter: **igmetall.de/vor-ort**

■ Übrigens: Die Freikarten sind Tickets für Fachbesucher. Deshalb muss man einen Betrieb oder eine Hochschule angeben. Wer Zeit sparen will, kann sich vorher im Internet registrieren. Wie, steht hinten auf den Tickets.

Unser **Jüngster**

ZU BESUCH BEI BENJAMIN GRUSCHKA

Seit Ende November 2013 sitzt Benjamin Gruschka im Vorstand der IG Metall. Mit seinen 33 Jahren ist er der Jüngste. Geplant hat er das nicht, er hat es einfach gemacht.

Im Netz ist Benjamin Gruschka immer schnell unterwegs. Einen Kollegen brachte er damit vor Kurzem in Erklärungsnot. Weil Benjamin schon während einer Versammlung im sozialen Netz berichtete, musste der Kollege sich zu Hause rechtfertigen. Seine Frau wollte wissen, warum er erst über eine Stunde später nach Hause kam.

Benjamin lacht über die Anekdote. Seit einem Jahr ist er Leiter der Vertrauensleute bei Ford in Köln, seit Ende November Mitglied im Vorstand der IG Metall. Mit seinen 33 Jahren ist er der Jüngste. Vieles, was bei seinen Vorgängern über Papier lief, geht bei ihm digital. Benjamin berichtet live im Internet aus Versammlungen, Tarifverhandlungen oder vom Gewerkschaftstag. Auf seinem Rechner scrollt er auf den Internetseiten der Metaller bei Ford rauf und runter: Beiträge, Grafiken, Videos, Zitate. »Im letzten Jahr haben wir über unsere Seite mehr als 26 000 Menschen erreicht, weit mehr, als bei Ford arbeiten.«

Papierarbeit. Der Vertreter der Generation Internet kann auch mit Papier arbeiten. Benjamin rollt einen Plan des Ford-Werks aus. Er hat ihn aus vier Blättern zusammengeklebt, handschriftlich die Namen und das Alter der Betriebsräte für jeden Bereich eingetragen. Seine Erkenntnis: »Wie bei den Belegschaften steigt auch bei den Betriebsräten das durchschnittliche Alter.« Seine Schlussfolgerung: »Wir müssen Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig schulen, damit Wissen nicht verloren geht.« Seine Lösung: eine Fortbildung, die Beschäftigte auf die Betriebsratsarbeit vorbereitet.

Das Problem erkennen, analysieren und lösen. Strukturiertes Denken hat der 33-Jährige schon als Jugend- und Auszubildendenvertreter gelernt. »Bei Ford arbeiten etwa 17 000 Menschen, mehr als 12 500 sind Mitglied der IG Metall. Das ist wie eine mittlere Verwaltungsstelle.«

Ford lag in der Familie. Bei Benjamin ging es schon zu Hause oft um Ford und die IG Metall. Sein Vater arbeitete bei dem Autohersteller und ist Mitglied in der Gewerkschaft. Mit zwölf Jahren nervte es Benjamin noch, dass sich alles um Politik drehte. Der Vater wollte die Nachrichten sehen, der Sohn lieber Sport. Das änderte sich, als Benjamin mit 14 Jahren begann, mit behinderten Kindern zu arbeiten. Zu der Gruppe kam er durch seinen jüngsten Bruder. Er ist Bluter. Benjamin spielte mit den Kindern Tischtennis und begleitete sie auf Ferienreisen.

Von seiner ehrenamtlichen Arbeit mit Kindern war es für ihn nur einer kleiner Schritt zur Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Ford. »Irgendwie ist es

Foto: Frank Rumpenhorst

Benjamin Gruschka auf dem Weg zu seiner ersten Vorstandssitzung bei der IG Metall

immer dasselbe. Wenn man etwas verbessern will, muss man Menschen zusammenbringen – egal ob Kranke, Auszubildende oder Beschäftigte.« Noch heute erinnert er sich an die Rede des Jugendvertreters, der ihm und den anderen Auszubildenden seine Arbeit und die Gewerkschaft vorstellte. Auf einer Folie stand die Zahl der IG Metall-Mitglieder. Für Benjamin stand dort vor allem, dass viele gemeinsam etwas bewegen können.

Immer unterwegs. Benjamin hat nie lange überlegt, wenn ihm eine neue Aufgabe angeboten wurde. Irgendwann kam die Frage: »Machst Du es oder machst Du es nicht?« Benjamin machte es: Jugendvertreter, Vorsitzender der Jugendvertretung, Betriebsrat, Leiter der Vertrauensleute, und nun IG Metall-Vorstand.

Jeder Tag in seinem Kalender ist vollgepackt, oft überschneiden Termine sich. In manchen Wochen fährt er durchs halbe Land, beantwortet am Dienstag in Sprockhövel die Fragen der Vertrauensleute, trifft sich am Mittwoch in Frankfurt am Main mit Automobilkollegen, besucht am Freitag wieder Sprockhövel und macht sich am Sonntag auf nach Frankfurt zum Gewerkschaftstag. An manchen Abenden kommt er erst spät nach Hause und morgens sitzt er oft schon um sieben wieder an seinem Schreibtisch.

Vollgas nach Frankfurt. Sorgen machen ihm zurzeit die dunklen Ringe, die sich hartnäckig unter seinen Augen halten, und die knappe Zeit für seine Familie. Benjamin hat einen sechsjährigen Sohn und eine dreijährige Tochter. Seit zwei Tagen hat er sie nicht mehr gesehen. Nun ist erst einmal Wochenende, ganz ohne Termine. Benjamin freut sich auf die Tage mit seinen Kindern und seiner Frau. »Ohne meine Familie könnte ich das gar nicht alles schaffen«, sagt er. Am Montag gibt er wieder Vollgas, auf der Autobahn nach Frankfurt am Main zur Vorstandssitzung bei der IG Metall. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

»Die Kollegen sind besorgt und wütend«

WAS MICH BESCHÄFTIGT

EADS will bis 2016 europaweit bis zu 5800 Stellen streichen. Thomas Pretzl, Betriebsratsvorsitzender von Cassidian in Manching, kündigt Widerstand an.

EADS-Chef Tom Enders hat angekündigt, bis 2016 europaweit bis zu 5800 Stellen abzubauen. Wie viele Jobs sind bei der Rüstungssparte Cassidian in Manching in Gefahr?

Thomas Pretzl: Wir haben noch keine Zahlen für die einzelnen Standorte. Klar ist aber, dass die 4700 Kollegen, die in Manching arbeiten, auch betroffen sein werden.

In Manching findet hauptsächlich die Endmontage für den Eurofighter statt. Die Auftragsbücher sind doch voll?

Pretzl: Gegenwärtig sind sie das noch. Aber Ende 2017 sind die bisherigen Bestellungen abgearbeitet. Sollte es keine neuen Aufträge geben, könnten noch mehr Arbeitsplätze in Gefahr sein. Das bereitet mir Sorgen.

Der angekündigte Arbeitsplatzabbau ist eingebettet in einen großen Konzernumbau. Dabei soll Cassidian mit der Raumfahrttochter Astrium und Airbus Military zur neuen Sparte Airbus Defence & Space zusammengefasst werden ...

Pretzl: ... ja – aber ob die Reorganisation Sinn macht, kann ich nicht sagen. Das kann niemand von uns. Im Moment hören wir nur, dass Enders eine Umsatzrendite von zehn Prozent als Konzernziel ausgerufen hat. Uns wird gesagt, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und deshalb Personal abgebaut werden müsse.

Enders schließt auch betriebsbedingte Kündigungen nicht aus.

Pretzl: Die Ankündigung macht mich zornig. Die Stimmung hier in Manching ist ausgesprochen schlecht. An allen Standorten sind die Kollegen besorgt, viele von ihnen sind zugleich fassungslos und wütend. Betriebsbedingte Kündigungen werden als Kriegserklärung gegenüber der Belegschaft aufgenommen.

Wie sieht die Strategie für die kommenden Monate aus?

Pretzl: Wir sind noch in der Informationsphase, eine Strategie können wir erst erarbeiten, wenn wir ein präzises Bild haben. Klar ist, dass wir nicht klein beigeben werden. Rüdiger Lütjen, der Vorsitzende des Europäischen Betriebsrates von EADS, hat gesagt, dass betriebsbedingte Kündigungen keine Option sind. Wichtig ist, dass es Anfang 2014 zu einem Gespräch von Regierungsverantwortlichen in Bund und Ländern mit Betriebsräten und IG Metall kommt, wie es IG Metall-Vorstand Jürgen Kerner fordert. ■

Foto: privat

»Die Stimmung ist schlecht«: Thomas Pretzl, Betriebsratsvorsitzender der EADS-Tochter Cassidian in Manching

Jan.Chaberny@igmetall.de

Illustration: Gerald Moll

Schnäppchen für Mitglieder

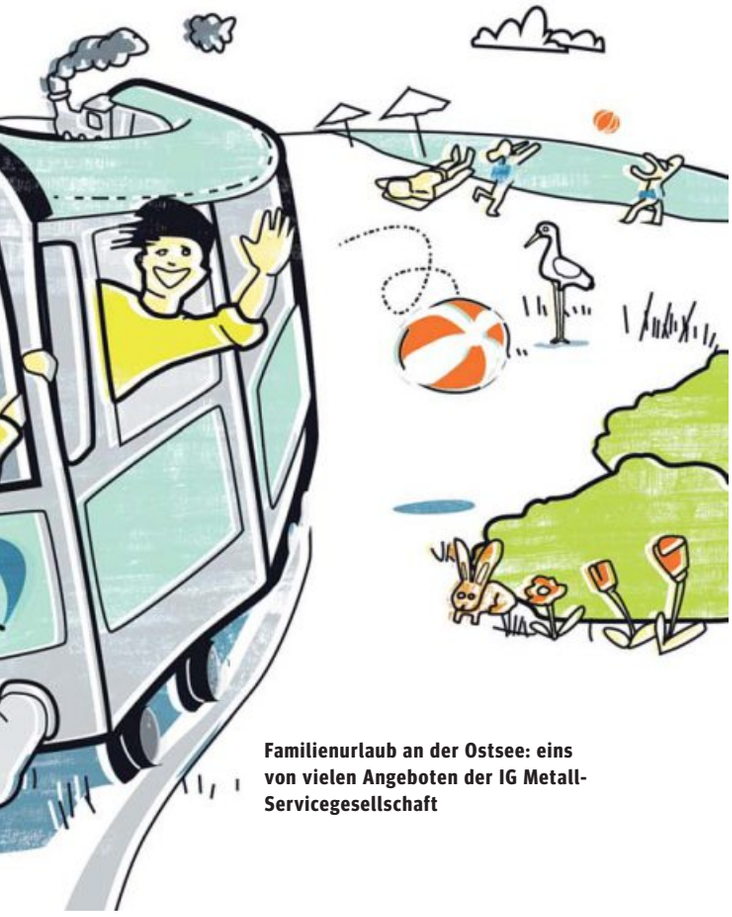
GUTER RAT

Familienurlaub, Lohnsteuerberatung, Rhetorikkurse und Ökostrom: Die IG Metall-Servicegesellschaft bietet Mitgliedern nicht nur Schnäppchen, sondern sorgt auch für ein gutes Gewissen.

Die IG Metall-Servicegesellschaft bietet Mitgliedern und ihren Familien viele Zusatzleistungen. Mitglieder profitieren von den sogenannten Satzungsleistungen. Das sind die, die in der Satzung der IG Metall stehen. Das Angebot umfasst Rechtsberatung und Rechtsschutz, aber auch Geld bei Streik und Maßregelung, bei Notfällen sowie bei einem Freizeitunfall und im Todesfall.

Die Servicegesellschaft bietet darüber hinaus ermäßigte Eintrittspreise für Freizeitparks oder Konzerte, Lohnsteuerberatung, preiswerten Familienurlaub bis hin zu Sonderkonditionen für Ökostrom.

Reisen. Wandern, Urlaub an der Ost- oder Nordsee, eine Flusskreuzfahrt von Köln nach Antwerpen oder Ostereiersuche im Grunewald: Das Gemeinnützige Erholungswerk (GEW) bietet bodenständige Reisen für jeden Geldbeutel an. Mitglieder der IG Metall erhalten bis zu 15 Prozent Rabatt. Das GEW verfolgt



Familienurlaub an der Ostsee: eins von vielen Angeboten der IG Metall-Servicegesellschaft

das Ziel, die Gesundheit der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Bauen-Agrar-Umwelt und ihrer Schwestergewerkschaften wie der IG Metall sowie ihrer Familien zu erhalten und zu fördern. Dazu gehört es auch, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern günstige Urlaubsmöglichkeiten zu bieten.

Lohnsteuerberatung. Wer hat schon Lust auf und Zeit für komplizierte Formulare? Und alle wichtigen Tipps zum Thema Steuern kennen wohl auch nur die wenigsten. Die Servicegesellschaft bietet allen Mitgliedern eine gute und günstige Lohnsteuerberatung an. Sie gibt es entweder in den Räumen vieler Verwaltungsstellen der IG Metall oder bei einer Beratungsstelle des Lohnsteuerhilfevereins in der Nähe.

Bundesweit stehen mehr als 3000 Lohnsteuerhilfevereine und Steuerberater zu fairen Konditionen zur Verfügung. Oft ist ein Berater nur wenige Kilometer entfernt.

Ökostrom. Für die Servicegesellschaft gilt: Gemeinsam lässt sich mehr erreichen. Weil die IG Metall viele Mitglieder hat, gelang es, einen Vertrag mit dem Ökostromanbieter Entega auszuhandeln.

Den Ökostromtarif von Entega erhalten die Mitglieder der IG Metall zu besonders guten Konditionen: Für die ersten zwölf Monate gibt es beispielsweise zehn Prozent Rabatt und drei Prozent für die darauffolgenden zwölf Monate, jeweils auf den Arbeits- und Grundpreis.

Sparen und ein gutes Gewissen dabei haben ist das Motto. Denn die IG Metall hat zur Energiewende klar Stellung bezogen: Sie ist für den Ausstieg aus der Atomkraft zugunsten von regenerativer Energie. Das spiegelt sich in dem Ökostromtarif wider, den die Servicegesellschaft ausgehandelt hat.

Angebote vor Ort. Die Verwaltungsstellen vor Ort bieten Mitgliedern und ihren Familien ebenfalls interessante Angebote an. Diese umfassen Eintrittsermäßigungen in Schwimmbäder oder Freizeitparks sowie auch Rabatte beim Einkaufen.

Es lohnt sich also, regelmäßig einen Blick auf die Internetseite der Servicegesellschaft (siehe unten) zu werfen, die regionalen Angebote anzuklicken und zu schauen, ob etwas Passendes dabei ist. Dank der Servicegesellschaft sind übrigens die Angebote, die die Verwaltungsstellen regional ausgehandelt haben, für alle sichtbar und für alle Mitglieder nutzbar. ■

WISSEN

Die Philosophie der Servicegesellschaft

Die IG Metall-Servicegesellschaft versteht sich als engagierte Dienstleisterin. »Wir sind eng an die Werte gebunden, die aus unserer Sicht von einem verantwortungsbewussten Unternehmen heute zu berücksichtigen sind«, sagt Günter Zerlik, einer der Geschäftsführer der Servicegesellschaft.

Für Zerlik sind das Werte wie Fairness, Qualität, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Diese Werte spielen bei den Aufgaben und Angeboten der Servicegesellschaft eine große Rolle. »Wir sind bei der Angebotserstellung immer bestrebt, einen besonderen Mehrwert zu bieten, der sich aus unserer Sicht nicht darin erschöpft, billiger als andere zu sein«, betont Günter Zerlik. Eine der Leistungen, auf die er besonders stolz ist: das Management der Jubilarehrung für die IG Metall.

metallzeitung wird auch 2014 regelmäßig über neue Angebote der Servicegesellschaft berichten. Aktuelle Infos gibt es hier:
igmservice.de

Alle sogenannten Satzungsleistungen der IG Metall gibt es hier:
igmetall.de/leistungen

KURZ & BÜNDIG

Ausbildungsfreibetrag

Es bleibt dabei: 924 Euro Freibetrag pro Kalenderjahr erhalten Eltern auf ihre Gesamteinkünfte, wenn ihre volljährigen Kinder als Auszubildende oder Studierende auswärts wohnen. Der Freibetrag steht nicht mehr beim Bundesverfassungsgericht auf dem Prüfstand. Ob das Kind eigene Einkünfte hat, spielt seit 2012 beim Freibetrag keine Rolle mehr.

Foto: chromorange/pa

Arbeitslosigkeit ist der häufigste Grund für Schulden.

Arm und arbeitslos

Eine Studie des Statistischen Bundesamts belegt, dass Arbeitslosigkeit der häufigste Grund für die Überschuldung von Privatpersonen ist. Besonders häufig betroffen sind allein lebende Männer und allein erziehende Frauen. Aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern häufen durch Arbeitslosigkeit Schulden an.

Ein Lied ist Programm

Der Song »Inklusion« ist von der Band »Blind Foundation« in Kooperation mit dem »Netzwerk Inklusion Frankfurt« entstanden und hat in seiner gekürzten 30-Sekunden-Version den zweiten Platz und Publikumspreis beim »Respekt!« Videowettbewerb 2013 gewonnen. Der Song auf Youtube:
youtube.com
→Suche: Blind Foundation

Foto: Phovoi R./panthermedia.net

Wirtschaftsfachwirte steuern von ihrem Schreibtisch aus Prozesse im Betrieb oder bringen ihr Wissen bei Personalangelegenheiten ein.

Führungskräfte auf vielen Gebieten

BERUF UND KARRIERE

Es ist der am dritthäufigsten gewählte Weiterbildungsberuf, gleich nach dem Handelsfachwirt und dem Industriemeister Metall. Wirtschaftsfachwirte oder -fachwirtinnen arbeiten in ganz unterschiedlichen Abteilungen. Ihr Job: planen, steuern, betreuen.

Der Arbeitsplatz ist in einem Büro, an einem Schreibtisch mit PC. Er kann in einer Abteilung für Beschaffung und Lagerhaltung sein, im Rechnungswesen und Controlling oder in der Personalabteilung.

Wirtschaftsfachwirte sind Führungskräfte. Sie kümmern sich darum, dass Güter, die im Betrieb gebraucht werden, in der nötigen Qualität und Menge und zu möglichst geringen Kosten zur richtigen Zeit am richtigen Ort vorhanden sind. Sie holen zum Beispiel Angebote ein, vergleichen sie und verhandeln mit Lieferanten. Im Rechnungswesen und Controlling erstellen sie Bilanzen, betriebswirtschaftliche Kennzahlen und Ergebnisanalysen. In der Personalabteilung begleiten sie Beschäftigte und Führungskräfte bei allen Personalfragen. Stellen für Wirtschaftsfachwirte gibt es überall: in der Industrie, im Handel, im Handwerk und in Dienstleistungsunternehmen.

Was geprüft wird. Wer Wirtschaftsfachwirt werden will, hat meist vorher eine Ausbildung in einem kaufmännischen oder Verwaltungsberuf gemacht. Das ist aber nicht zwingend erforderlich. Die Weiterbildung steht auch Beschäftigten mit anderen Berufen offen, wenn sie Berufspraxis vorweisen können. Die Prüfungsfächer sind vielfältig. Es gehören Volks- und Betriebswirtschaft dazu, Rechnungswesen, Recht und Steuern, Unternehmensführung, Management, Controlling, Logistik, Marketing, Vertrieb, Führung und Zusammenarbeit.

Die Weiterbildung dauert vier Monate bis zwei Jahre. Das hängt davon ab, ob man sie in Vollzeit macht oder neben dem Beruf. Sie kostet rund 4000 Euro. Die Kosten können steuerlich abgesetzt werden. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten können sein: Unterstützung und Darlehen nach dem Meister-BAfög. Infos gibt es im Internet unter: meister-bafoeg.de.

Was Wirtschaftsfachwirte und -fachwirtinnen verdienen, hängt davon ab, was sie machen und wie viel Berufserfahrung und Verantwortung sie haben. Auch in welcher Branche und welcher Region sie arbeiten, spielt eine Rolle. Die Grundvergütung liegt bei etwa 40 000 bis 60 000 Euro brutto im Jahr, ohne Zulagen, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld und vermögenswirksame Leistungen. Ein Wirtschaftsfachwirt, der als Vertriebsleiter arbeitet, verdient zum Beispiel im Durchschnitt 51 780 Euro im Jahr oder 4315 Euro im Monat.

Wer Kurse bietet. Wer Weiterbildungskurse anbietet, ist bei der Arbeitsagentur zu erfahren. Das Internetportal der Bundesagentur für Arbeit für Aus- und Weiterbildung ist zu finden unter:

arbeitsagentur.de
→Kursnet

Zu den Anbietern von Weiterbildungskursen gehören die Industrie- und Handelskammern. Informationen dazu bietet das Portal:

wis.ihk.de
→Seminare

Ob Angebote gut sind, zeigt eine Checkliste unter:

bibb.de/checkliste

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Jeder soll wissen, was Du kannst

AUSLANDS-ABSCHLUSS | Fachkräfte, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, können ihren Abschluss anerkennen lassen. So steigen auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

In der Vergangenheit war es nur wenigen Beschäftigten möglich, im Ausland erworbene Berufsqualifikation in Deutschland anerkennen zu lassen. Mit Inkrafttreten des »Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen« zum 1. April 2012 wurde der Rechtsanspruch ausgeweitet.

In einigen Berufen ist es grundsätzlich notwendig, solche Qualifikationen anerkennen zu lassen, wenn man die Tätigkeit ausüben will. In anderen Berufen verbessert die Anerkennung die Chancen von Arbeitnehmern bei Bewerbungen im Betrieb und bei der Jobsuche. Aber nicht nur das: Auch das Selbstwertgefühl steigt, da niemand mehr behaupten kann, man sei an- oder ungelernt.

Fotos: Elnur Amikishiyev, Andres Rodriguez (2), Stefan Kunert/alle: panthermedia.net

Wer seinen ausländischen Abschluss anerkennen lässt, verbessert sein berufliches Fortkommen und erhöht seine Chancen bei der Jobsuche.

Der Unterschied. Bei der Anerkennung kommt es darauf an, ob es sich um einen sogenannten reglementierten oder einen nicht reglementierten Beruf handelt. »Reglementiert« bedeutet, dass der Beruf ohne eine staatliche Zulassung und ohne eine Anerkennung der Berufsqualifikation nicht ausgeübt oder die Berufsbezeichnung nicht geführt werden darf. Darunter fallen unter anderem Berufe im Gesundheits- und Bildungsbereich wie zum Beispiel Arzt, Krankenpfleger oder Erzieher.

Außerdem gelten in vielen Berufen spezielle Regelungen, wenn man sich selbstständig machen will, etwa als Karosserie- und Fahrzeugbauer oder als Elektrotechniker. Wer seinen Handwerksabschluss im Ausland erworben hat, kann aber die Gleichwertigkeit mit dem deutschen Abschluss überprüfen lassen. Die sogenannte Gleichwertigkeitsfeststellung berechtigt zur Eintragung in die Handwerksrolle. Ein Meistertitel wird jedoch nicht erteilt.

Betriebliche Ausbildungsberufe sind in Deutschland nicht reglementiert, sodass Arbeitnehmer keine formelle Anerkennung ihres Abschlusses brauchen, um die Tätigkeit auszuüben. Dennoch ist es meist sinnvoll, den Berufsabschluss anerkennen zu lassen, damit Arbeitgeber die Fertigkeit und Kenntnisse besser einschätzen können.

Zuständige Stellen. Für die Anerkennung von dualen Ausbildungsberufen sind die Industrie- und Handwerkskammern zuständig. Der Behörde sind eine Reihe von Unterlagen vorzulegen, und zwar in deutscher Übersetzung und als beglaubigte Kopie. Unter anderem der Nachweis des ausländischen Abschlusses. Wenn alle Papiere vollständig sind, kann das Verfahren etwa drei Monate dauern, und zwischen 100 und 600 Euro Verwaltungsgebühren kosten. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

WISSEN

Beratungsstelle finden

Welcher Beruf reglementiert ist, durch welche Gesetze er geregelt wird und welche Stelle für die Anerkennung zuständig ist, erfahren Interessierte auf:
anerkennung-in-deutschland.de
Fragen beantwortet auch das Bundesamt für Migration unter Telefon 030 18 15 11 11.

KURZ & BÜNDIG

Weiterbildung finden

Die Metasuchmaschine »Infoweb Weiterbildung« des deutschen Bildungsservers durchsucht 85 Datenbanken gleichzeitig nach Weiterbildungskursen. Auch die Suche nach Region und Start der Kurse ist möglich. In Verbindung mit dem »Kursnet« der Arbeitsagentur sollte so jeder seine Weiterbildung finden.
iwwb.de

Mach den Berufscheck

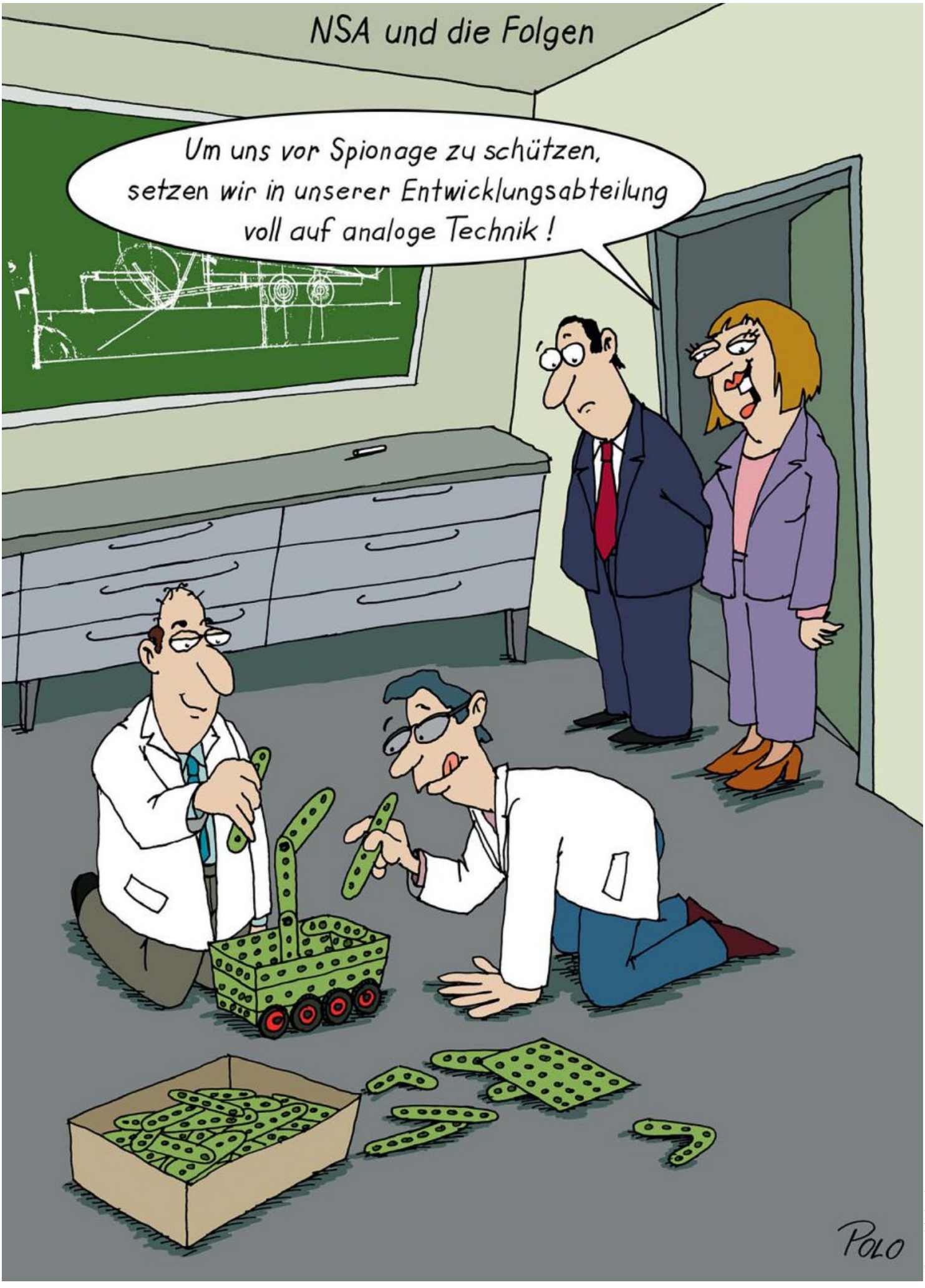
Auf der Internetseite ausbildung.de könnt Ihr im Berufscheck innerhalb Minuten herausfinden, welcher Beruf am besten zu Euch passt. Klickt Euch durch zwölf »A oder B«-Fragen. Am Ende kommen Euer Karrieretyp und Eure vier Topberufe heraus. Zudem bietet die Internetseite eine schnelle Suche nach Ausbildungsplätzen.
ausbildung.de

Fördergelder aufspüren

Weiterbilden, studieren, auch gerne im Ausland – aber wie finanzieren? Die Förderdatenbank des Bundeswirtschaftsministeriums sagt Euch, wo und wie Ihr staatliche Fördergelder bekommt. Übrigens nicht nur für Eure Bildung, sondern auch für alle möglichen anderen Zwecke, etwa zur Existenzgründung und Unternehmensfinanzierung.
foerderdatenbank.de

Foto: Vinzenz Weidenhofer/panthermedia.net

An Fördergelder von Bund und Ländern kann jeder rankommen.



Karikatur: André Poloczek

10 Begriffe aus der Arbeitswelt

Die Bilder zeigen Gegenstände aus der Textil- und Bekleidungsindustrie.

22		R	8		O		L		12			

N	13	E		E										

2	E	1	S	5	V		R		C		L	20 9		S			

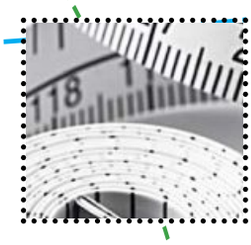
10	A	7		M	17	S		H			

	T		C		N	4	D		3	N

6	C	15	E		23														

11	I	14	H		R		E		16	S		A		E	24				

	25	O			F	21



	A		S	19 18	A		D	

Fotos: Hitoshi Ujiie, Marc Dietrich, Donatas, Harald Biebel, Tono Balaguner, Marc Dietrich, picsfive, Masayoshi Kusai, Ildi Papp/alle: panthermedia.net

Lösungsmotto

W	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25

Einsenden an:

Bitte das Lösungsmotto bis **23. Januar** 2014 unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an: **raetsel@igmetall.de**

Lösungsweg

Richtig gedeutet und zusammengesetzt ergeben die oben abgebildeten Fotos jeweils einen Begriff.

Die Preise im Januar

1. Preis: eine Isolierkanne von Emsa
2. Preis: ein Buch »Englisch lernen mit Conni« von Pons
3. Preis: ein IG Metall-Kofferband